

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 35.

Sonnabend, den 28. August 1909.

13. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Die Revolution im Steinmetzgewerbe. — Der Generalstreik in Schweden. — Für die Steinbrecher. — Die Ausbreitung der Tarife im Baugewerbe. — Aus dem bürgerlichen Recht. — Bekanntmachungen des Zentralvorstands. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Für die abgebrannten Kollegen in Neuforg. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Quittung. — Neue Zahlstelle. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen. —

Beilage: Wirtschaftliche Rundschau. — Auszug aus der Statistik der Straßburger Steinarbeiter. — Feuilleton: Marmor am Rhein. — Aus dem 5. Gau. — Egt. Christlich. — Trennung in tschechoslawisch-nationale Gewerkschaften. — Die Trinkwasserfrage auf dem Verbandstage der Baugewerks-Verufsgenossenschaften. — Literarisches. —

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: Schmalkalden u. Brotterode: Firma Köppler & Wedel. — Niederlamm: Firma Heinrich, für Steinmetzen und Pflasterer. — Osterwald: Steinmetzgeschäft Meine & Ilmann. — Osterode: Pflastersteingewerbe Belomettin in Verbach. — Striegau: Sämtliche Betriebe.

Gefrees. Die Firma Künzel & Schedler hat am 3. Juli 20 Pflastersteinarbeitern gekündigt. Zugang ist streng fernzuhalten.

Solnhofen. Im Lithographiesteingegebiet geht der Kampf ungeschwächt weiter. Die Industriellen wollen auswärtigen Streikbrechern bis zu 45 Pfg. Stundenlohn bezahlen. Erfreulich ist es, daß nur wenige fremde Arbeitswillige den Lockungen des Herrn Weinmann Rechnung trugen.

Baunhölzer. Nach hier ist Zugang fernzuhalten.

Mühlhausen (Elfah). Die Oberrheinische Steinindustrie-Gesellschaft ist gesperrt.

Hamburg I und II. Die Aussperrung ist beendet. Die Steinarbeiter beider Zahlstellen haben die Arbeit wieder aufgenommen. Wegen flauem Geschäftsgang ist Zugang fernzuhalten.

Dortmund. Der Streik bei den Westdeutschen Marmor- und Granitwerken ist beendet. Ein Tarif kam nicht zum Abschluß, doch konnten Lohnreduktionen abgewehrt werden.

Kaiserhammer. Mit der Firma Jakob wurde auf drei Jahre ein Tarif zum Abschluß gebracht. Der Stundenlohn wurde um 2 Pfg. erhöht. Auch andere Verbesserungen wurden erzielt.

Nach folgenden ausländischen Orten ist der Zugang fernzuhalten:

Oesterreich. Ofegg, Neuhaus, Neu-Bistritz, Wien, Greifenstein, Klagenfurt, Trieste, Pola, Mauthausen, Schwarzwasser.

Ungarn. Szolnok, Győr, Temesvár, Csáktornyai, Budapest.

Schweiz. Zürich, Gundellen, Wassen, Eberzol, Thur, Herzogenbuchhorn, St. Gallen.

Die Revolution im Steinmetzgewerbe.

Wenn wir zurückblicken auf die Zeit, in der die ersten Keime der modernen Betriebsweise aus den Trümmern der vermoderten Zunftzeit entsprossen, sehen wir eine lange Kette von Umwälzungen sich abspielen. Wir wissen, daß nichts Trichter ist als die oft gehörte Redensart: „Es ist immer so gewesen und wird immer so bleiben“. Nur hatte Speibürger suchen sich damit zu beruhigen und der Arbeiterschaft das angeblich Auslose ihrer Bestrebungen vorzutauschen. Die Entwicklung des Steinmetz- oder Steinhauergewerbes in den letzten Jahrzehnten ist ein klassisches Beispiel dafür, daß nichts Beständig ist, als nur der Wechsel allein.

Die Umwälzungen, die das gesamte industrielle Leben erschütterten, liefen zwar alle in einer Richtung, zeitigten aber in den einzelnen Zweigen die verschiedensten Formen. Das Baugewerbe und das von diesem abhängige Steinmetzgewerbe nehmen unter den andern Industrien eine ganz besondere Stellung ein. Während in den meisten andern Industrien der Kampf zwischen handwerklichem Betrieb und Großbetrieb schon frühzeitig begann und mit der allmählichen Vernichtung der ersteren endete, war dies im Steinmetzgewerbe im gleichen Maße nicht der Fall.

Die kapitalistische Entwicklung zur Großindustrie ergriff zuerst die Gewerbe, deren Erzeugnis besonders geeignet war zur Massenfabrikation, die auf Vorrat in riesigen Mengen hergestellt werden und weit und breit den Markt überschwemmen konnten. Die Natur des Steinmetzgewerbes läßt aber ein Arbeiten auf Vorrat nicht zu, mit geringen Ausnahmen in der Denkmals- und Straßenbaubranche. Dem Verber- und Spekulationsbedürfnis des Kapitals fehlte es somit im Steinmetzgewerbe an genügender Bewegungsfreiheit. Andre Industriezweige boten zeitweise diese Hülle und Fülle und versprachen der Spekulation reiche Ernte. Die Zurückhaltung des Großkapitals vom Steinmetz-

gewerbe war die Ursache, daß sich in diesem die handwerklichen Zustände lange erhalten haben. Die Steinmetzen blieben verschont von den furchtbaren Folgen des kapitalistischen Fabrik-systems. Zum mindesten waren die Formen desselben für sie bedeutend milder als für die übergroße Mehrzahl der Arbeiter anderer Berufe.

Im Gegenteil! Die gleichen Ursachen zeitigten für die Steinmetzen gänzlich andre Wirkungen als für die übrige Arbeiterschaft. Die durch die Kapitalkonzentration begünstigten technischen Umwälzungen in den großen Industrien drückten einerseits ganz gewaltig auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung. Andererseits häuften sich durch diese Entwicklung die Profite in der Hand der Besitzenden ins Ungemessene. Die plötzlich und leicht gewonnenen Reichthümer drängten die Gewinner nach öffentlicher, prahlender Schaustellung ihrer Geldmacht. Den besten Ausdruck konnte dieses Streben in der Errichtung prunkvoller Bauten finden, die für die Steinmetzen reichlich Arbeitsgelegenheit boten.

Die günstige Lage des Steinmetzgewerbes hielt ohne wesentliche Unterbrechung bis zum Ende des verflossenen Jahrhunderts an. Wohl traten ab und zu auch Störungen ein, doch waren diese, mit Ausnahme der Krise Ende der 70er Jahre, meist nur lokaler Natur oder von kurzer Dauer. Es soll damit nicht behauptet werden, daß die geschilderte Periode ein Zeitalter ungetrübter Glückseligkeit für die Steinmetzen war. Doch dürfen wir nicht die Verhältnisse einzelner Orte als Maßstab anlegen, wenn wir die Entwicklung des ganzen Berufs im Auge haben. Und diese hat sich in den gezeichneten Bahnen bewegt.

Das Charakteristische an den ungünstigen Ausnahmen von der allgemein günstigen oder leidlichen Konjunktur im Steinmetzgewerbe war aber, daß zuerst die Orte davon betroffen wurden, in denen das Handwerk zu Beginn des Aufschwungs in der höchsten Blüte stand, während sich in neuen Orten der Geschäftsgang gewaltig hob. Dieser Umstand allein weist schon darauf hin, daß es sich dabei nicht um einen allgemeinen Rückgang, sondern nur um eine Verschiebung des Handwerks handelte. Uns ist dieser Vorgang nur zu bekannt. Es ist der beginnende Zug von der Stadt aufs Land.

Fast ausnahmslos wurden ursprünglich die Steinmetzarbeiten in den Orten hergestellt, wo sie zur endgültigen Verwendung kamen. Vielfach direkt an der Baustelle. Das Rohmaterial wurde aus zum Teil weit entfernten Steinbrüchen bezogen. Vornehmlich in den Großstädten mit der regen Bau-tätigkeit und ausgeprägterem Kunstsinne blühte das Steinmetzgewerbe und regte sich zuerst der Organisationstrieb der Steinmetzen, der es ihnen ermöglichte, leibliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Die Vorkämpfer der Organisation und auch ihre Nachfolger, die oft herzlich wenig Anteil an deren Errungenschaften haben, erblickten in der zunehmenden Abwanderung des Gewerbes von den Städten nach den entlegenen Steinbrüchen allein nur die Folge der billigen Arbeitslöhne auf dem Lande. Wohl haben die niedrigen Löhne bei der Verschiebung eine wesentliche Rolle mit gespielt, doch ist es eine grobe Verkennung der Tatsachen, wollte man in diesem Umfange die alleinige Ursache suchen.

Die Unternehmer im Steinmetzgewerbe waren ursprünglich nur reine Steinmetzmeister und kauften als solche das Rohmaterial von den anfänglich vielfach hinerlichen Steinbruchbesitzern. Diesen wieder entging es nicht, daß der glänzende Geschäftsgang den Steinmetzmeistern enorme Gewinne brachte. Auch sie wollten ihren Anteil daran einheimen und trieben teilweise die Preise für das Rohmaterial enorm in die Höhe.

Die Vorliebe für besondere Steinarten, die je nach Zeit und Ort wechselten, verschaffte den Steinbruchbesitzern eine Art Monopolstellung gegenüber den städtischen Steinmetzmeistern, die diese zur energischen Abwehr aufstachelte. Der nächstliegende Weg war die Erwerbung von Steinbrüchen, zu der die größeren Steinmetzmeister allmählich übergingen. War dieser erste Schritt einmal getan, so mußte der nächste, die Verlegung der gesamten Produktion nach den Steinbrüchen, nur noch eine Frage der Zeit sein. Und tatsächlich sehen wir im Laufe der Jahre diese Verschiebung sich immer mehr vollziehen. Waren Gewinnungs- und Verarbeitungsbetrieb einmal in einer Hand vereinigt, so mußte das kostspielige und Ueberflüssige der Erhaltung von zweierlei Betrieben augenfällig in Erscheinung treten. Zudem waren Grund und Boden in den Städten mit der wucherischen Boden Spekulation bedeutend teurer als auf dem Lande. Auch brauchten nicht mehr große Mengen des Steinmaterials unnötig nach der Stadt transportiert werden, die dort durch die Verarbeitung wieder in Wegfall kamen und als Schutt erhebliche Abfuhrkosten verursachten. Der Ausbau des Eisenbahn- und Wegnetzes begünstigte die Zusammenlegung der Betriebe außerordentlich. Daß die billigeren Löhne die Entwicklung beschleunigt haben, ist nicht zu bestreiten. Organisationen, die einen annähernden Ausgleich der Lohndifferenz von Stadt und Land herbeiführen konnten, bestanden in den Steinbruchgegenden nicht. Die neuentstehende Industrie gab in diesen Gegenden den Arbeitern Gelegenheit, Löhne zu verdienen, die zwar weit hinter den städtischen zurückstanden, aber bedeutend höher waren als die bisher bei den landwirtschaftlichen Arbeiten verdienten. Der größte Teil der ländlichen Arbeiter ist aber auch nicht ausschließlich auf den Verdienst als Steinarbeiter angewiesen, sondern durch Nebenbeschäftigung in der Landwirtschaft, außer der Arbeitszeit im Steinbruch, in der Lage, sein Einkommen zu verbessern. Vor allem erzeugt er aber den Bedarf an Lebensmitteln zum großen Teile selbst. Wohl hat er ein Interesse daran, daß der Verdienst als Steinarbeiter möglichst hoch ist; doch ist dieses Interesse nicht so stark, um ihn zu besonderen Kraftanstrengungen und Opfern zur Verbesserung desselben zu veranlassen. Vor der Hand stand er sich ja auch besser als früher. Sicher ist aber das eine, daß auch bei gleichen Löhnen in Stadt und Steinbruch die Entwicklung ihren Gang genommen hätte.

Der Zug des Steinmetzgewerbes von der Stadt aufs Land war, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt betrachtet, ein Fortschritt. Die Steinmetzen in den Städten gerieten dadurch aber in eine arge Bedrängnis. Nicht jeder war in der Lage oder gesonnen, mit dem Gewerbe auszuwandern. Familienverhältnisse oder Erwerbsverhältnisse der Familienangehörigen hielten ihn am alten Wohnort fest. Andererseits bietet das Leben in der

Stadt mehr Annehmlichkeiten und Genüsse, nicht nur in unedlem Sinne genommen, als auf dem Lande. Langjährige Gewöhnung lassen diese nur ungern vermissen. Zudem bestand auch oft wenig Neigung, städtische Arbeiter, die im Verdacht der Organisationszugehörigkeit standen, in den Steinbruchgebieten einzustellen. Die niedrigen Löhne und die fehlende Möglichkeit des Nebenverdienstes schlossen für viele den Gedanken an eine Umstellung von vornherein aus. Die einstigen günstigen Verhältnisse im städtischen Steinhauergewerbe gestalteten sich schnell immer mislicher. Weitere Umstände beschleunigten diese Wandlung.

Wir haben gesehen, daß eine der wichtigen Ursachen des langen Bestandes handwerklicher Zustände im Steinmetzgewerbe der Umstand war, daß anfänglich die nutzbringende Anlage von Kapital in der Steinindustrie nicht so aussichtsreich war als in andern Industriezweigen. Verursacht war dies zum großen Teil von den Schwierigkeiten, die sich der maschinellen Verarbeitung des Natursteins entgegenstellten. Während in andern Gewerben die Verdrängung der Handarbeit durch die Maschine reichende Fortschritte machte, waren gleichartige Versuche im Steinmetzgewerbe von wenig befriedigenden Erfolgen gekrönt. Allmählich änderte sich aber auch dies. In der Sandsteinbranche entstehen Drehbänke und Sägen, in der Hartsteinbranche Bearbeitungsmaschinen in mannigfaltigster Art. Begünstigt wurde die Einführung der Maschine im Steinmetzgewerbe durch die sich jetzt durchsetzende Kapitalisierung auch der Steinindustrie. Die Uebersättigung der übrigen Industrien mit Kapitalien ließ das profitierende Auge nach immer neuen Betätigungsfeldern ausschauen. Durch die Zusammenlegung der Betriebe im Steinmetzgewerbe waren die Ausichten auf löhnen-den Gewinn in der Steinindustrie erheblich bessere geworden.

Hatte sich so die Einführung der Maschine in der Steinindustrie immer mehr Bahn gebrochen, so brachte diese für das Unternehmertum doch keine vollkommene Befriedigung. Der Zweck jeder Maschinenarbeit ist der, billiger als durch Handarbeit zu produzieren. Bei vielen Steinbearbeitungsmaschinen wurde dieser Zweck nicht im erhofften Maße erreicht. Bei den Diamantsägen z. B. sind die Herstellungskosten der Flächen nicht erheblich billiger als bei der Handarbeit, da nur eine Qualität hergestellt werden kann. Allerdings wird dieser Mangel gemildert durch Steinersparnis beim Sägen. Unangenehmer aber wurde noch der Umstand empfunden, daß die Steinbearbeitungs-maschinen nicht die beabsichtigte Unabhängigkeit von der gelehrten Arbeit brachten. Die Handhabung des Luftdruckmetzels z. B. setzt genaue Kenntnis der Eigenschaften des zu bearbeitenden Materials voraus, die nur durch jahrelange Tätigkeit im Beruf erworben wird. Die erhoffte Erleichterung gelehrter durch ungelernete Arbeiter und dadurch besonders erzielte Verminderung der Produktionskosten war in nennenswerter Weise nicht erzielt worden.

Die Schwierigkeit, mit der die Einführung der Maschinenarbeit im Steinmetzgewerbe zu kämpfen hatte, ließ aber das Unternehmertum und andre Interessententeile nicht ruhen und rasten, andre Wege zur Verminderung der Produktionskosten zu erkennen. So verfiel man denn auf den Gedanken, an Stelle des der maschinellen Verarbeitung schwer zugänglichen Natursteins andre Stoffe zu verwenden, die bessere Erfolge versprachen. Es begann die Zeit des Kunststeins und der Herstellung der Fassadenverzierungen von Stuck. Welchen ungeheuren Umfang die Verwendung der Ersatzmittel für Naturstein genommen hat, ist uns allen nur zu bekannt. Zuerst beginnend mit verschämten Versuchen bei einfachen ländlichen Arbeiten, hat sich der Kunststein nicht nur Eingang bei größeren städtischen Bauten, sondern auch bei Denkmalsarbeiten verschafft. In vielen Orten überwiegt die Verwendung des Kunststeins jetzt bedeutend die des Naturmaterials.

Hand in Hand mit dieser Entwicklung ging im ganzen Baugewerbe die zunehmende Verwendung von Eisen, Beton und Eisenbeton. Dadurch wurden viele Steinmetzarbeiten verdrängt, die auch neben der Verwendung von Kunststein und Stuck aus Zweckmäßigkeitsgründen noch notwendig geblieben waren. Immer mehr wurde die Verwendung des Natursteins eingeschränkt. Soweit solcher aber noch zur Verwendung kam, geschah dies in möglichst einfachen Formen. Aus Sparfamleits-rücksichten, nicht aus künstlerischen Beweggründen ist die moderne Architektur bestrebt, alle reichen Verzierungen wegzulassen. So sehen wir an den Bauwerken der Neuzeit sich einen ganz eignen Stil entwickeln. Das Riesenkaufhaus von unten bis oben aus Eisen, Beton und Glas, zur Noe einige himmelanstrebende Pfeiler von glatten Steinquadern, öfter aber noch nur mit einigen dünnen Plättchen zur Verkleidung der Eisenkonstruktion versehen. Langgestreckte Mietskasernen mit Tür- und Fenstereinfassungen von Kunststein und angeklebten oder gezogenen Stuckprofilen. Wenige Repräsentationsbauten legen noch Zeugnis ab, daß es noch Naturstein und Steinmetzen gibt. Fast erregt es Aufsehen, wenn an einem Orte ein Gebäude errichtet wird, an dem mächtige Steinblöcke mit reicher Steinhauerarbeit versetzt werden.

Diese folgenschweren Umwälzungen innerhalb des Steinmetzgewerbes haben sich innerhalb einer verhältnismäßig kurzen Zeit abgespielt. Die Arbeiterschaft war bei der Möglichkeit der Ereignisse nicht in der Lage, sich in genügendem Maße den veränderten Verhältnissen anzupassen, sei es durch allmählichen Übergang zu andern Berufen, Verminderung des Zugangs neuer Arbeitskräfte usw. Scharenweise mußten Steinmetzen unvermittelt im vorgeschrittenen Alter zu andern Berufen übergehen, meist in dringender Notlage wahllos zu allem möglichen, auch zum Schlichtlohnsteigen, greifend. Die noch im Beruf Verbliebenen müssen mit einer alljährlich wiederkehrenden Arbeitslosigkeit rechnen. Lohnreduzierungen und Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse, Schikanen aller Art werden von den Unternehmern versucht, den Arbeitern aufzukrochieren.

Am härtesten wurden zuerst die städtischen Steinmetzen von den Folgen der Umwälzungen getroffen. Aber auch vor den Steinbruchgegenden machte die Entwicklung nicht halt. Zurzeit gibt es in Deutschland wohl nicht ein einziges Steinbruchgebiet, in dem Geschäftsstodungen und Arbeitslosigkeit noch nicht bekannt wären. War die Wirkung für die städtischen Steinmetzen eine drückende, so gestaltete sich diese für die ländlichen geradezu verhängnisvolle. Dank ihrer frühzeitigen Organisationsbestrebungen waren die städtischen Kollegen fast durchweg im Besitz tarif-

Ich geregelter Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wohl fehlte es nicht an zahlreichen Versuchen seitens der Unternehmer, die vereinbarten Bedingungen unter dem Druck der chronisch ungünstigen Geschäftslage zu verschlechtern. Doch ist es unmöglich, dauernd die Lebenslage einer Arbeiterschaft unter die einmal errungene Stufe herabzubringen. Die Kraft der Organisation bewährte sich in diesen Stürmen glänzend als wuchtige Waffe der Verteidigung in der Hand der Kollegen.

Anders lagen die Verhältnisse bei den ländlichen Kollegen. Die Folgen der plötzlichen Umwälzungen trafen eine unvorbereitete, wehrlose Arbeiterschaft. In Sicherheit gewiegt durch das Bewußtsein, ein zwar beschiedenes, dafür aber um so sicheres Einkommen zu haben, traf diese Kollegen die unheimlich überhandnehmende Arbeitslosigkeit doppelt hart. Aber nicht nur diese bittere Lehre empfangen die Kollegen allein. Der rapide Geschäftsrückgang steigerte die Konkurrenz der Unternehmer ins Ungemessene. Kurzsichtigkeit, mangelnde Geschäftsroutine und brutale Rücksichtslosigkeit ließ den Unternehmern als einfachsten Ausweg die Abgabe unglaublich niedriger Submissionsofferten erscheinen, die wieder durch Druck auf die an und für sich niedrigen Löhne ausgeglichen wurden. Feindschaft und Gleichgültigkeit gegen die Organisation hatte die ländliche Arbeiterschaft unfähig gemacht, sich gegen dieses Beginnen zur Wehr zu setzen. Der Lohn sank jetzt auf eine Stufe, wo er trotz Selbst-erzeugung der Lebensmittel und landwirtschaftlichen Nebenverdiensten zu einer auskömmlichen Existenz nicht mehr ausreichte.

In diesem Augenblick brach sich auch bei den ländlichen Kollegen die Ueberzeugung Bahn, daß nur im Zusammenschluß die einzige Rettung möglich ist. Wir sehen jetzt die Organisation auf dem Lande sich mächtig entwickeln. Heiße Kämpfe werden geführt zwischen dem eiferfüchtig auf seinen Profit bedachten Unternehmertum und der um seine Existenz ringenden Arbeiterschaft. Langsam, aber ständig gelingt es letzterer, allmählich nachzuholen, was in der verfloffenen günstigen Zeit versäumt worden war. Die Vereinigungen der Unternehmer kämpfen mit allen verfügbaren Mitteln gegen das Aufwärtstreben der Arbeiterschaft an. Vorwärts geht es aber trotz alledem!

So stellen die Umwälzungen im Steinergewerbe eine Revolution im wahren Sinne dar. Gewaltig sind die Verschiebungen, die sich im Laufe der letzten Zeit vollzogen haben, gewaltig aber auch die Aufrüttelung der Arbeiterschaft durch den Gang der Ereignisse. Mancher, der mit voller Begeisterung in den Kampf für Besserung der Lage der Steinindustrie gezogen ist, ist gar bald entmutigt ob der ungeahnten Schwierigkeiten mit gebrochenen Flügeln heimgekehrt. Der Kern der Organisation steht aber mit ungebeugtem Mut und ungeschwächter Kraft auf dem Posten, bereit, alles daranzusetzen, weiter an der Verwirklichung unsres großen Zieles zu arbeiten. Ein Blick auf die Erfolge der letzten Jahre berechtigt uns aber auch zu dieser stolzen Zuversicht und erbringt uns hundertfältig den Beweis, daß die von uns beschrittene Bahn die einzig richtige ist. Trotz ungünstiger Verhältnisse war es möglich, in allmählicher Aufwärtsbewegung Tausenden von Kollegen verbesserte und gesicherte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen und Verschlechterungen abzuwehren. Bleiben wir auf dem rechten Wege, in der Ueberzeugung, immer mehr unsrer hohen Aufgabe gerecht zu werden: Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aller in der Steinindustrie beschäftigten Arbeiter! Anteil auch ihnen an den Früchten und Errungenschaften der menschlichen Kultur.

Der Generalstreik in Schweden.

Es ist unerhört, was die deutsche bürgerliche Presse über den schwedischen Generalstreik zusammenlügt. Im Hamburger Fremdenblatt wird der Mittwoch als das „Waterloo der Streikleitung“ bezeichnet, weil sich die Eisenbahner dem Streik nicht anschließen. Dabei steht fest, daß die große Majorität dieser Gewerkschaft für den Streik war, aber an der vorgeschriebenen $\frac{2}{3}$ -Mehrheit fehlten eine Anzahl Stimmen. Im übrigen ist doch zu bekannt, daß der ganze Güterverkehr auf den schwedischen Bahnen still liegt und der Personenverkehr bedeutend eingeschränkt ist. Die Arbeitsniederlegung der wenigen noch beschäftigten Eisenbahnbeamten würde die Situation für die Streikenden gar nicht günstiger gestalten können, und aus diesen Gründen ist sicher auch das Abstimmungsresultat gegen die Teilnahme am Streik ausgefallen.

Eine Aktiengesellschaft, die an den berühmten Trollhätan-Wasserfällen eine neue Kraftstation anlegen will, ersuchte die Arbeiter um Wiederaufnahme der Arbeit. In einer Versammlung, die die Arbeiter deswegen abhielten, wurde die Aufnahme der Arbeit einstimmig abgelehnt. Die vielen Fabriken, die an den Wasserfällen liegen, stehen sämtlich still, kein einziger Arbeiter gibt sich zu Streikbrecherdiensten her.

In Göteborg versammelten sich täglich 18—20 000 Streikende, in Stockholm 30—35 000, in Malmö 13—15 000, ebenso steht es in den kleineren Industriebezirken Helsingborg, Norrköping, Borås usw. Die Meldung von der Wiederaufnahme der Arbeit in den meisten Distrikten ist erlogen.

Warum ging am 21. August eine Deputation der besten Handels-, Industrie- und Bankhäuser zum König und bat ihn um seine Vermittelung? Warum sind im Arbeitgeberbunde Differenzen ausgebrochen? Nur weil man seitens der Scharfmacher dem anderen Teil der Arbeitgeber vorgefunkelt hat, daß die Arbeiter es keine acht Tage aushalten könnten!

Die Arbeiter stehen heute noch so fest und unerschütterlich, wie am 4. August, dem Tage des Beginnes des Generalstreiks. Wenn die bürgerlichen Blätter Deutschlands schreiben, die Unternehmer würden auf keinen Fall nachgeben, so wird die nächste Zukunft die Herren eines andern befehlen; so wie die Dinge liegen, ist für die Arbeiter keine Ursache vorhanden, zu verzagen, mag die bürgerliche Presse noch so viel zusammenlügen.

Das Resultat der von der schwedischen Regierung veranstalteten zweimaligen Zählung der Streikenden (am 9. und 18. August) macht andauernd einen starken Eindruck, sowohl auf die streikenden Arbeiter als auch auf die Unternehmer. Mit dem Märchen des Abflauens des Streiks, von seinem baldigen Ende kann die kapitalistische Presse nun nicht mehr kommen. Am 9. Aug., also am 6. Streiktag, zählte die Regierung 285 762 Streikende, am 18. August, also am 15. Streiktag, waren es 284 418. In neun Tagen nahm die Zahl der Streikenden um 1344 ab; zählt man aber die streikenden Landarbeiter hinzu, die in der Ziffer vom 18. August nicht mit inbegriffen sind, so hat der Streik an Ausdehnung zugenommen, trotzdem bis dahin keinerlei Unterstützung an die Streikenden gewährt wurde.

Daß die offiziellen Zahlen große Begeisterung unter den Arbeitern hervorriefen, ist erklärlich. Die an den Säulen angeschlagenen Lügennachrichten der kapitalistischen Presse werden mit Nachsalven begrüßt. Nach der zweiten offiziellen Feststellung der Zahl der Streikenden sind die Arbeiter von ihrem baldigen Siege fest überzeugt.

Ein neues Ereignis, das die Fortsetzung des Schwindels der bürgerlichen Presse ermöglicht, ist der Abfall des nichtsozialistischen Arbeiterverbandes, das heißt, der *Abfall des Vorstandes*, denn die große Mehrzahl der Mitgliedern ist nicht damit einverstanden, daß sie am morgigen Montag die Arbeit wieder aufnehmen soll. Unter den Mitgliedern herrscht im Gegenteil große Erbitterung über den Aufruf des Vorstandes, in vielen Ortsabteilungen wurde er sehr scharf kritisiert und beschlossen, den Streik fortzusetzen.

Am 21. August fand eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände statt, deren Resultat das vom Landessekretariat im ganzen Lande verbreitete Manifest ist, worin mitgeteilt wird, daß von nächster Woche ab die Unterstützung erhöht werden soll. Es ist dies ein kluger taktischer Zug der Streikleitung, der seine Wirkung besonders auf die Unorganisierten nicht verfehlen wird. Damit wird der Streich des gelben Verbandes glänzend pariert.

Eine Anzahl Akteingewerkschaften richteten an ihre Arbeiter das folgende Ultimatum:

Jeder, der bis zum 15. August die Arbeit wieder aufnimmt, tritt in seine sämtlichen alten Rechte wieder ein, ohne den geringsten Verlust. Jeder, der sich bis zum 15. August, mittags 12 Uhr, nicht zur Arbeit gemeldet hat, wird entlassen und nicht wieder unter den alten Bedingungen eingestellt, selbst nach Beendigung des Streiks nicht.

Wenn man sich erinnert, daß bis zum 15. d. M. auch nicht eine Dene Unterstützung ausbezahlt war, kann man sich selbst ausrechnen, welche zersplitternde Kraft ein solches Ultimatum unter Umständen auf hungernde Arbeiter, umgeben von einer hungernden Familie ausüben könnte. Darauf hatten die Unternehmer spekuliert. Daß diese Wirkung ausgeblieben ist, ist ein Beweis der Solidarität und der Disziplin der schwedischen Arbeiter, wie er besser nicht erbracht werden kann.

Dazu kamen noch die verlogenen Berichte der kapitalistischen Presse und die Streikbrecherdienste der sogenannten besseren Gesellschaft. Studenten, Offiziere und andere der Arbeit ungewohnten Angehörige der bestehenden Klasse brüsteten sich stolz mit ihrem Streikbruch. In Stockholm liefen bekanntlich am 10. Tage des Streiks einige Straßenbahnwagen, die Automobile tuteuten, die Dampfbote auf dem Mälarsee ließen ihre Pfeifen erklingen, kurz: ein ohrenbetäubender, reklamehafter Lärm entstand an dem Tage, als ob in Stockholm alles im Gange sei und nicht rund 40 000 Arbeiter streikten. Psychologisch ließe es sich leicht erklären, wenn durch dieses Zusammenwirken ein Teil der



Für die Steinbrecher

trat ab 1. Juli 1909 die wichtige Bestimmung in Kraft, daß sie Schutzdächer verlangen können.

Unsere Kollegen haben alles aufzubieten, daß der § 4 der Bundesrats-Verordnung unverzüglich durchgeführt wird. Weigern sich die Steinbruchbesitzer, Schutzdächer für die Brecher zu stellen, so ist die zuständige Gewerbeinspektion sofort zu benachrichtigen, damit Abhilfe geschaffen wird. Der § 4 hat für die Brecher der gesamten Steinindustrie Gültigkeit.



Arbeiter mutlos geworden wäre. Da kam das Resultat der Zählung der Streikenden. Mit einem Schlag hatte sich die Situation geändert. Die Spekulationen der Unternehmer waren dadurch niedergeschmettert. Das Ministerium hatte durch die Veröffentlichung des Ergebnisses der Zählung in den Augen der Unternehmer eine Dummheit gemacht, die nicht mehr gut zu machen war.

Genosse Branting schreibt in der letzten Streikzeitung Die Antwort folgendes:

Der ganze Bau von Humberg und Unwahrheit, der ausgeführt wurde, um dem schwedischen Volke weiszumachen, daß der Kampf der Arbeiter um ihr Recht verloren sei, ist mit einem Schlag zusammengeklappt. Svaret (das Organ der Gewerkschaftsleitung) stand allein gegen alle und rief ins Land: Glaubst nicht die Lügen der Kapitalistenpresse von der Massenaufnahme der Arbeit! Auch wir wurden geschmäht und verhöhnt und Vagner genannt; und nun, da die offizielle Statistik uns recht gibt, stellt sich heraus, daß das Auftreten der Unternehmer nichts weiter war als eine schlechte Kriegslüge, ein faules Manöver!

Die Stimmung der Arbeiter ist trotz aller Gegennährigkeiten fest und ausdauernd, und sie gehen mit derselben Entschlossenheit in die 4. Streikwoche, mit der sie den Kampf begonnen haben.

Die Reichsfinanzreform und die christlichen Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften befinden sich angesichts des Entwürfs der Steuerreform, den die Annahme der Steuerreform verursacht hat, in einer sehr kritischen Situation. Ist doch das Zustandekommen dieses Beutzuges nicht nur den Protektoren der christlichen Gewerkschaften, den Ultramontanen, zu danken, sondern die im Zentrum sitzenden Vertreter und Vorstandsmitglieder einiger christlichen Gewerkschaften haben daran tätigen Anteil genommen. Den betreffenden Gewerkschaftsführern ist es nicht wohl in ihrer Haut, und sie sind eifrig bemüht, mit Rücksicht auf die schwierige Situation, in der sie sich befinden, mildernde Umstände für sich in Anspruch zu nehmen. So hat beispielsweise der christliche „Arbeitervertreter“ Giesberts, der bei der Beratung der Finanzreform eine besonders schätzbare Rolle spielte, den Essener Zentrumsvorstandsleuten, die ihm gehörig den Kopf gewaschen hatten, geantwortet, daß ihm die heutige Politik schon lange keine Freude mehr mache. Wenn man meine, daß er gefehlt und der Partei geschadet habe, so solle man bei der nächsten Wahl ruhig einen andern Kandidaten aufstellen. Ihm selbst und seiner Familie würde es nur erwünscht sein, wenn er die Last des Mandats nicht länger zu tragen brauche.

Auf den gleichen elegischen Ton war der Teil der Rede gestimmt, in welchem der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß sich über die Reichsfinanzreform aussprach. Nachdem er die Schwierigkeiten geschildert, die den christlichen Gewerkschaftsbeamten erwachsen, wenn sie im Reichstag Arbeiterinteressen vertreten wollen, erklärte er: „Ich würde nicht die nächsten Jahre ins Parlament nach Berlin gehen, auch nicht, wenn man 50 000 Mk. Diäten zahlen wollte. Ich habe in den letzten Wochen einen ganzen Abscheu vor der Politik bekommen.“ Diesen Abscheu vor der Politik, welche die christlichen Gewerkschaftsführer haben, teilen auch wir, und wir können es verstehen, daß Herr Stegerwald sich glücklich schätzte, kein Mandat zu besitzen, und so der unmittelbaren Verantwortlichkeit zu entgehen.

Sehr schwer wird das Leben dem Reichstagsabgeordneten Schiffer gemacht, der zugleich Vorsitzender des christlichen Textilarbeiterverbandes ist. Im Hinblick auf die Schandthaten des Zentrums, für welche auch Schiffer als Fraktionsmitglied verantwortlich ist, hat das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes einen Aufruf erlassen, in dem die Mitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes aufgefordert werden, zum Deutschen Textilarbeiterverband überzutreten. Die christlichen Textilarbeiter verkennen nicht die Gefahr, die ihrer Organisation droht, und sie bemühen sich krampfhaft, ihren Verbandsvorsitzenden in Schutz zu nehmen. In ihrem Verbandsorgan wird Herr Schiffer verteidigt durch den Hinweis darauf, daß er gegen einige Konsumsteuern gestimmt habe, welchen jedoch seine Parteigenossen zur Annahme verhalten. Es kann aber nicht bestritten werden, daß Herr Schiffer gegen die Erbschaftsteuer und für die Schnapssteuer mit der Liebesgabe für die Unter gestimmt hat. Daß er sich nachher bei einigen Abstimmungen von seiner Fraktion getrennt hat, kann ihn nicht entlasten, denn er hat diese Abstimmung nur gewagt, weil er wußte, daß für die betreffenden volksfeindlichen Steuern auch ohne ihn eine Majorität vorhanden war.

Innerhalb der bürgerlichen Parteien ist es nicht möglich, Arbeiterpolitik zu treiben, und diejenigen, die den christlichen Arbeitern empfehlen, die Vertretung ihrer Interessen im Reichstage den Führern der christlichen Gewerkschaften zu übertragen, handeln wider ihre bessere Ueberzeugung. Das hat auch Herr Schiffer erkannt, der in einer Versammlung in Düsseldorf zur Entschuldigung seines Freundes Giesberts folgende Ausführungen machte:

„Wenn man einmal von einer Partei ins Parlament gewählt worden ist, dann muß man auch Rücksicht nehmen auf die betreffende Partei. Wir haben in Berlin nicht nur Arbeiterpolitik treiben wollen, sonst hätte uns keine Partei gebrauchen können. Eine eigene Partei zu gründen, haben wir auch abgelehnt. Wir können auch gar nicht daran denken, eine Partei zu gründen. Unser ganzer Einfluß würde dann reduziert. Sobald aber einer von uns in eine bürgerliche Fraktion eintritt, fängt das Kompromisseln an. Praktische Politik ist Kompromisspolitik. Keine Arbeiterpolitik wird von einer bürgerlichen Partei nicht akzeptiert werden können, weil darin die widersprechenden Interessen auseinanderklaffen.“

Herr Schiffer hat es unterlassen, aus diesen Sätzen die einzige richtige Konsequenz zu ziehen, nämlich daß man im Parlament nur auf den Bänken der Sozialdemokratie wirkliche Arbeiterpolitik treiben kann.

Die meisten christlichen Gewerkschaftsblätter folgen dem Beispiel, das ihnen das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ gibt und bringen keine Zeile über die neue Finanzreform. Diese Taktik ist ja sehr bequem, aber auf die Dauer werden sie wohl damit nicht auskommen. Schwer genug mag es ihnen gefallen sein, daß sie einen Aufruf zugunsten der christlichen Tabak- und Zigarrenarbeiter bringen mußten, die ja als erste die Folgen der Politik der christlichen Gewerkschaftsführer zu spüren bekommen haben. Sehen die eigentlichen Gewerkschaftsblätter der Christen in ihrem eigenen Interesse von einer Besprechung des Steuerraubzuges ab, so sind die Organe der katholischen Arbeitervereine, die den christlichen Gewerkschaften sehr nahe stehen, eifrig bemüht, das volksfeindliche Verhalten des Zentrums zu verteidigen. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, eines dieser Organe, sucht die christlichen Arbeiter dadurch mit den neuen Lasten auszuöhnen, daß sie auf die politische Seite der Finanzreform hinweist. Die katholischen Arbeiter werden den Schmachtriemen mit ganz besonderer Befriedigung enger ziehen, wenn sie wissen, daß ihre Not dem Zentrum zu einem politischen Triumph verholfen hat. In einem andern Artikel läßt sich das Blatt von einem Reichstagsabgeordneten den Nachweis führen, daß bei der Finanzreform eigentlich die Großgrundbesitzer die größten Opfer gebracht haben. Man muß doch die christlichen Arbeiter für sehr dumm halten, daß man ihnen so etwas zu bieten wagt.

Aber alle diese Beschönigungsversuche nützen nichts. Die ungeheure Last, die durch die Schuld des Zentrums dem arbeitenden Volke auferlegt wurde, muß auch dem blindesten Zentrumsanhänger die Augen öffnen. Und die Wangentaktik der christlichen Gewerkschaften kann nicht verhindern, daß sich ihre Mitglieder fragen, ob sie es mit ihrer Arbeiterehre vereinbaren können, einer Organisation anzugehören, die in erster Linie die Interessen des arbeitereindlichen Zentrums wahrzunehmen hat. Das Herausreden auf die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften dürfte wohl nicht weit helfen. Wenn es nicht das ganze Verhalten der christlichen Gewerkschaften beweisen würde, so lehrt es die Stellungnahme der durch Zentrumsgnaden im Reichstag sitzenden christlichen Gewerkschaftsführer, daß dort, wo ein Vorteil für das Zentrum herauspringt, die Interessen der Arbeiter und der christlichen Gewerkschaften zurückzutreten haben. — Es ist eine schlimme Zeit für die Führer der christlichen Gewerkschaften, aber sie haben die Situation, in der sie sich befinden, selbst heraufbeschworen.

Die Ausbreitung der Carife im Baugewerbe.

Manchen harten Kampf haben die Organisationen der baugewerblichen Arbeiter (Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter) in früheren Jahren führen müssen, um den Unternehmern die Erkenntnis beizubringen, daß ihnen in den Arbeiterorganisationen ein Gegner gegenübersteht, mit dem sie rechnen, den sie als verhandlungs- und vertragsfähig anerkennen müssen. Diese Anerkennung haben sich die Verbände der baugewerblichen Arbeiter in den letzten Jahren auf der ganzen Linie errungen

und es ist dahin gekommen, daß sie in allen Gebieten des Reichs Tarifverträge mit den Unternehmern abgeschlossen haben. Der enge Zusammenhang zwischen dem Maurer- und dem Zimmerergewerbe, sowie der Umstand, daß die Unternehmer dieser beiden Zweige des Baugewerbes in einer gemeinsamen Organisation vereinigt sind, brachte es mit sich, daß die Tarifverträge für Maurer und für Zimmerer im allgemeinen übereinstimmend sind. Auch eine dritte Gruppe des Baugewerbes: die Bauhilfsarbeiter, sind in das Vertragsverhältnis mit eingeschlossen. Sonderbestimmungen für jede der drei Arbeitergruppen kommen außer der Festsetzung des Lohns sehr selten vor. Maurer und Zimmerer haben in der Regel den gleichen Lohn, nur für die Hilfsarbeiter ist er meist abweichend von dem Lohn dieser beiden Gruppen festgesetzt.

Eine detaillierte Uebersicht über die zurzeit im Baugewerbe bestehenden Tarifverträge haben die Verbandsvorstände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter in einem kürzlich erschienenen umfangreichen Buche veröffentlicht. Der Zimmererverband hat sich an dieser Veröffentlichung nicht beteiligt. Die für ihn bestehenden Verträge sind in dem Buche nur so weit berücksichtigt, als es sich um Verträge handelt, die für Zimmerer und Maurer bzw. Hilfsarbeiter gemeinsam abgeschlossen sind. In der Hauptsache gibt die Veröffentlichung demnach nur über die Verträge der beiden letztgenannten Arbeitergruppen Auskunft.

Am Schluß des Jahres 1907 bestanden im ganzen Reich 697 für Maurer und Hilfsarbeiter gemeinsame Verträge, außerdem noch 100 Verträge, die nur für Hilfsarbeiter gelten. Das sind im ganzen 797 Tarifverträge, die sich auf 907 Lohngebiete und 805 Orte erstrecken. Im Jahre 1908 lief ein Teil der Verträge ab. Von diesen wurden die meisten erneuert bzw. verlängert, auch kamen eine Reihe völlig neuer Tarifabschlüsse hinzu. Am Schluß des Jahres 1908 bestanden für Maurer und Hilfsarbeiter 736 Tarifverträge. Sie erstrecken sich auf 987 Lohngebiete mit 10 905 Orten, 13 640 Unternehmern, 151 967 Maurern und 86 478 Hilfsarbeitern. Von diesen Verträgen wurden abgeschlossen 279 im Jahre 1908, 317 im Jahre 1907, 118 im Jahre 1906 und 22 vor dem Jahre 1906. — Von den Verträgen hatten Geltung 372 nur für Maurer, 77 nur für Hilfsarbeiter, 49 für Maurer und Hilfsarbeiter, 97 für Maurer, Hilfsarbeiter und Zimmerer, 99 für Maurer und Zimmerer, 10 für Fliesenleger, 17 für andre Spezialgruppen des Maurerverbands, 15 für Spezialgruppen des Hilfsarbeiterverbands. — Die Verträge laufen ab: 362 im Jahre 1909, 320 im Jahre 1910, 15 im Jahre 1911, bei 36 Verträgen ist der Ablauftermin nicht bekannt.

Die reguläre Arbeitszeit in den Sommermonaten ist folgendermaßen festgesetzt: in 1 Vertragsgebiet 8 Stunden, in 3 Vertragsgebieten 8½ Stunden, in 19 Vertragsgebieten 9 Stunden, in 22 Vertragsgebieten 9½ Stunden, in 4 Vertragsgebieten 9¾ Stunden, in 209 Vertragsgebieten 10 Stunden, in 6 Vertragsgebieten 10½ Stunden, in 4 Vertragsgebieten 11 Stunden, in 3 Vertragsgebieten 10—11 Stunden. — Der Arbeitslohn ist in 280 Verträgen festgesetzt, und zwar in 272 Fällen als Mindestlohn, in 1 Fall als Einheitslohn, in 7 Fällen als Durchschnittslohn.

Wenn auch, wie die vorstehenden kurzen Angaben zeigen, der Tarifgedanke im Baugewerbe fast allgemeine Anerkennung gefunden hat, so wissen doch die beteiligten Arbeiterorganisationen, daß mit dem Abschluß von Verträgen kein dauernder Friede im Gewerbe eingezogen ist, und daß sich die Arbeiter keineswegs auf den Lorbeer des Vertragsverhältnisses ausruhen können. Wie nur die im Kampfe erprobte Stärke der Arbeiterorganisationen vermocht hat, die Unternehmer zum Abschluß von Verträgen zu bestimmen, so kann nur die stets gerüstete, starke und jederzeit kampfbereite Organisation das Erzwungene festhalten und, auf der einmal gewonnenen Basis weiterbauend, neue Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchsetzen.

Aus dem Bürgerlichen Recht.

Von der Ehe.

G. Ueber die Eingehung der Ehe tauchen fortwährend Streitfragen auf, weshalb es sich lohnt, an diese Materie des näheren einzugehen. Während der Mann nicht vor dem Eintritt der Volljährigkeit in den Ehestand treten darf, genügt für die Frau schon das 16. Lebensjahr. Dann kann der Frau von dieser Vorschrift nach Befreiung erteilt werden, wie ja auch der Mann schon mit 18 Jahren auf Antrag des Gerichts für volljährig erklärt werden kann. Niemand darf auch eine Ehe eingehen, bevor seine frühere Ehe aufgelöst oder für nichtig erklärt worden ist. Eine Ehe darf nicht geschlossen werden zwischen Verwandten in gerader Linie, zwischen vollbürtigen oder halbbürtigen Geschwistern, sowie zwischen Verwandten in gerader Linie. Eine Ehe darf ferner nicht geschlossen werden zwischen Personen, von denen die eine mit Eltern, Voreltern oder Abkömmlingen Geschlechtsgemeinschaft gepflogen hat. Wer einen andern an Kindesstatt angenommen hat, darf mit ihm oder dessen Abkömmlingen eine Ehe nicht eingehen, so lange das durch die Annahme begründete Rechtsverhältnis besteht. Eine Ehe darf endlich nicht geschlossen werden zwischen einem wegen Ehebruchs geschiedenen Ehegatten und demjenigen, mit welchem der geschiedene Ehegatte den Ehebruch begangen hat, wenn dieser Ehebruch in dem Scheidungsurteil festgestellt ist. Von dieser Vorschrift kann Befreiung erteilt werden. Die Bewilligung steht demjenigen Bundesstaate zu, dem der geschiedene Ehegatte angehört. Eine Frau darf erst zehn Monate nach der Auflösung oder Nichtigkeitserklärung ihrer früheren Ehe eine neue Ehe eingehen, es sei denn, daß sie inzwischen geboren hat. Von dieser Vorschrift kann ebenfalls Befreiung erteilt werden, und zwar von demjenigen Bundesstaate, dem die Frau angehört. Für Deutsche, die keinem Bundesstaate angehören, steht die Bewilligung dem Reichskanzler zu.

Im Falle der Wiederverheiratung muß der Vater oder die Mutter eines ehelichen, minderjährigen Kindes sich vorher mit dem Kind auseinandersetzen. Zu diesem Zwecke hat er ein Verzeichnis des seiner Verwaltung unterliegenden Vermögens dem Amtsgericht einzureichen und, soweit in Ansehung dieses Vermögens eine Gemeinschaft zwischen ihm und dem Kinde besteht, die Erteilung eines Auseinandersetzungsbeschlusses zu beantragen. Die Eheschließung eines Ausländers ist in den meisten Bundesstaaten insofern noch gewissen Beschränkungen unterworfen, als von ihnen ein sogenanntes Verehelichungszeugnis verlangt wird. Nach dem bayerischen Reservatrechte müssen die Bayern ebenfalls ein solches Zeugnis beibringen. Die Kosten derartiger Zeugnisse betragen manchmal bis zu 50 Mark und darüber, so daß den Ausländern wie den Bayern vor der Verheiratung die Erwerbung der Staatsangehörigkeit desjenigen Staates, in welchen sie sich aufhalten, nur zu empfehlen ist.

Die Ehe wird nach vorausgegangenem Aufgebote, welches nur unterbleiben darf, wenn die lebensgefährliche Erkrankung eines der Verlobten den Aufschub der Eheschließung nicht gestattet, dadurch geschlossen, daß die Verlobten vor einem Standesbeamten persönlich und bei gleichzeitiger Anwesenheit erklären, die Ehe miteinander eingehen zu wollen. Ist diese Form nicht beobachtet worden, dann ist die Ehe nichtig; ferner, wenn einer der Ehegatten zur Zeit der Eheschließung geschäftsunfähig war oder sich im Zustande der Bewußtlosigkeit oder vorübergehenden Störung der Geistestätigkeit befand; wenn einer der Ehegatten zur Zeit der Eheschließung noch mit einem Dritten in einer gültigen Ehe lebte, wenn sie verbotswidrig ihren Verwandten oder Verwandten geschlossen worden ist; ebenso, wenn sie wegen Ehebruchs verboten war. Wird nachträglich Befreiung vom Eheverbot erteilt, so ist die Ehe als von Anfang an gültig anzusehen. Dasselbe ist der Fall,

wenn der Ehegatte beim Bestehen der Geschäftsunfähigkeit usw. die Ehe bestritten, bevor sie für nichtig erklärt oder aufgelöst worden ist.

Eine Ehe kann von dem Ehegatten unter gewissen Umständen auch angefochten werden und zwar von dem, der zur Zeit der Eheschließung oder zur Zeit der Bestätigung in der Geschäftsfähigkeit beschränkt war, wenn die Eheschließung oder die Bestätigung ohne Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters erfolgt ist; ferner von dem Ehegatten, der bei der Eheschließung nicht gewußt hat, daß es sich um eine Eheschließung handle, oder dies zwar gewußt hat, aber eine Erklärung, die Ehe eingehen zu wollen, nicht hat abgeben wollen. Als Eigenschaften, die hier die Anfechtungsklage begründen, können nach einer Reichsgerichtsentcheidung fittlicher Makel, ein übler Ruf aus der Zeit vor der Eheschließung in Betracht kommen, desgleichen mangelnde Jungfernschaft oder zur Stellung unter fittenpolizeilicher Kontrolle führender Lebenswandel, ebenso Päderastie, wenn auch bereits strafrechtliche Verjährung eingetreten ist, ansteckende Krankheiten, Unfähigkeit der Bewohnung, Unfruchtbarkeit der Frau sind ebenfalls Anfechtungsgründe. Eine Ehe kann noch angefochten werden von dem Ehegatten, der zur Eingehung der Ehe durch arglistige Täuschung über solche Umstände bestimmt worden ist, die ihn bei Kenntnis der Sachlage und bei verständiger Würdigung des Wesens der Ehe abgehalten haben würden. Ist die Täuschung von dem andern Ehegatten verübt worden, so ist die Ehe nur dann anfechtbar, wenn dieser die Täuschung bei der Eheschließung gekannt hat. Auf Grund einer Täuschung über die Vermögensverhältnisse findet die Anfechtung nicht statt. Nach einer Reichsgerichtsentcheidung kann in dem bloßen Verschweigen einer früheren geschlechtlichen Verirrung eine „Täuschung“, nämlich eine auf Täuschung des andern Teiles abzielende Handlungsweise, wie das Gesetz sie fordert, nicht gefunden werden. Eine Ehe kann schließlich noch angefochten werden von dem Ehegatten, der zur Eingehung der Ehe widerrechtlich durch Drohung bestimmt ist. Die Anfechtung kann nur binnen sechs Monaten erfolgen, und zwar mittels Erhebung der Anfechtungsklage. — Eine Doppelhehe kann niemand eingehen. Nur in dem Falle ist die Wiederverheiratung eines Ehegatten zulässig, wo dessen Gatte für tot erklärt worden ist.

Was nun die Wirkungen der Ehe im allgemeinen anbetrifft, so ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Ehegatten einander zur ehelichen Lebensgemeinschaft verpflichtet sind. Stellt sich das Verlangen eines Ehegatten nach Herstellung der Gemeinschaft als Mißbrauch seines Rechts dar, so ist der andre Ehegatte nicht verpflichtet, dem Verlangen Folge zu leisten. Das gleiche gilt, wenn der andre Ehegatte berechtigt ist, auf Scheidung zu klagen. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts kann die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens nicht bloß zur Beseitigung eines räumlichen Getrenntlebens, sondern in der Regel wegen jeder Verletzung der aus dem persönlichen Verhältnisse der Ehegatten sich ergebenden Pflichten, und zwar zum Zwecke der Herbeiführung eines dem Wesen der Ehe entsprechenden Verhaltens des andern Teiles, erhoben werden. Danach kann, wenn z. B. eine Ehefrau wegen ihres Gesundheitszustandes die häusliche Gemeinschaft nicht fortzusetzen vermag, unter Umständen das Verlangen des Ehemannes, daß sich die Frau in eine Heilanstalt begeben, wohl gerechtfertigt sein.

Dem Manne steht nun die Entscheidung in allen das gemeinschaftliche eheliche Leben betreffenden Angelegenheiten zu; er bestimmt insbesondere Wohnort und Wohnung. Die Frau ist nicht verpflichtet, der Entscheidung des Mannes Folge zu leisten, wenn sich die Entscheidung als Mißbrauch seines Rechts darstellt. Hierzu gehören alle Fragen des täglichen Lebens, insbesondere die Frage, wie das gemeinschaftliche Leben einzurichten und welche Aufwendungen dafür zu machen sind. Besonders hervorgehoben sind der Wohnort, d. h. der tatsächliche Aufenthaltsort und die Wohnung. Die Frau erhält den Familiennamen des Mannes, sie ist berechtigt und verpflichtet, das gemeinschaftliche Hauswesen zu leiten. Weiter ist sie zu Arbeiten im Hauswesen und im Geschäfte des Mannes verpflichtet, soweit eine solche Tätigkeit nach den Verhältnissen, in denen die Ehegatten leben, üblich ist. Was die Frau durch ihre Tätigkeit im Hauswesen und im Geschäfte des Mannes erwirbt, gehört dem Manne; dagegen fällt der Erwerb aus einer selbständigen Tätigkeit der Frau dieser zu.

Ein für die Ehegatten besonders wichtiger Paragraph ist nun noch der § 1357 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der die sogenannte Schlüsselgewalt der Frau behandelt. Hierunter ist die Frau berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen, wenn nicht aus den Umständen sich ein anderes ergibt. In den häuslichen Wirkungskreis fallen alle regelmäßig für die Führung des gemeinschaftlichen Haushaltes im gewöhnlichen Laufe der Dinge erforderlichen Geschäfte. Es gehört dahin z. B. regelmäßig auch die Beschaffung der Kleiderstoffe, die für die Frau und die gemeinschaftlichen, in der häuslichen Gemeinschaft lebenden minderjährigen Kinder erforderlich sind. Das Mieten einer Wohnung wird regelmäßig nicht zu dem häuslichen Wirkungskreise der Frau zu rechnen sein. Gleiches gilt von der Anschaffung des Mobiliars und des Hausrates; dagegen wird die Anschaffung einzelner Stücke, insbesondere die Ergänzung für abgenutzte Stücke in den Wirkungskreis der Frau fallen. Der Mann hat das Recht, die Schlüsselgewalt der Frau zu beschränken oder anzuschließen. Die Beschränkung resp. Ausschließung muß ins Güterrechtsregister des Amtsgerichts eingetragen werden. Die Frau kann sich hiergegen beschwerdeführend an das Amtsgericht wenden.

Zum Schluß ist nun noch darauf hinzuweisen, daß die Frau auch das Recht hat, sich einem Dritten gegenüber zu einer von ihr in Person zu bewirkenden Leistung zu verpflichten, z. B. Stellung als Gefinde usw. anzunehmen. Sofern dadurch die ehelichen Interessen beeinträchtigt werden, kann der Mann jedoch mit Ermächtigung des Vormundschaftsgerichts das eingegangene Arbeitsverhältnis kündigungslos aufheben.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wegen Erkrankung des Obmanns vom Verbandsauschuß sind alle Briefe, Beschwerden usw. an Joseph Eisner, Dresden-Neustadt, Poststraße 50, II. zu richten.

Die Abrechnungen fehlen noch aus folgenden Zahlstellen:

- 3. Gau: Lauban. — 4. Gau: Deßau. — 6. Gau: Hardegsen, Pörsfel. — 8. Gau: Frankenstein, Höchst i. D., Klingenmünster. — 9. Gau: Ottenhöfen, Radolfsell. — 10. Gau: Marktleuthen, Steinwiefen.

Vom zweiten Quartal:

- 1. Gau: Posen, Stettin. — 2. Gau: Breslau II, Sackisch. — 3. Gau: Auerbach, Ebersbach, Horta, Oberlungau. — 4. Gau: Röditz. — 5. Gau: Ehringsdorf. — 6. Gau: Bielefeld, Bremske, Eschershausen, Göttingen, Hohenberg, Hoop, Hundsburg, Kelbra, Magdeburg. — 7. Gau: Duisburg, Hamm. — 8. Gau: Altenglan, Bensheim, Neustadt a. S. — 9. Gau: Gebweiler, Heilbrunn, Schmie. — 10. Gau: Kirchengamitz, Mühlberg, Ruppolding. — 11. Gau: Eibelfeld, Friedenhäuser, Pappenheim.

Die Abrechnungen sind unverzüglich einzufenden, damit die Zusammenstellung der Mitgliedsziffern erfolgen kann.

Reiseunterstützung. Ende dieser Woche erhalten die Ortsverwaltungen die neuen Reisekarten zugesandt. Die Ausstellung darf vor dem 1. September nicht erfolgen. Die alten Reisekarten, wo Unterstützung darauf ausgezahlt ist, sind an den Zentralvorstand einzufenden.

Berlin. Die Wandlungen in der Granit- und Marmorindustrie lautete das Thema, mit welchem sich eine Sektionsversammlung der hiesigen Marmorarbeiter beschäftigte. Der Referent Kollege Winkler ließ es sich angelegen sein, hauptsächlich die inneren Verhältnisse der beiderseitigen Organisationen (Unternehmer und Arbeiter) sowie ihre Stellung zueinander darzulegen, unter Berücksichtigung des gegenwärtigen Zustands der Industrie und der auf beiden Seiten vorhandenen Kräfte zur Hebung derselben. Das Material hierzu lieferten, soweit die Unternehmer in Betracht kamen, die Verhandlungen derselben auf ihrem letzten Verbandstag. Besonderen Anlaß fanden die Ausführungen über die Taktik der Befürworter von Normaltarifen, deren Zustandekommen unsere vollste Unterstützung gewährt würde, vorausgesetzt, daß wir den uns gebührenden Einfluß bei der Beratung und Festsetzung derselben erhalten. Darüber ließ jedoch der Referent keine Unklarheit aufkommen, daß die eventuelle einstige Gestaltung der Tarife nicht etwa von dem guten Willen einzelner Personen abhängig sei, sondern daß diese lediglich ein Produkt der beiderseitigen organisatorischen Machtverhältnisse sein werde. Bei diesem Schlusse angelangt, war es selbstverständlich, die eigenen Organisationsverhältnisse einer kritischen Würdigung zu unterziehen, und wurde dieses gründlichst besorgt. Zum wiederholten Male wurde bei dieser Gelegenheit auf die durch unsere Vertragsverhältnisse bedingte äußerst schwierige Finanzierung der Hilfsarbeiter hingewiesen. Andererseits wurde der minimale Jahresverdienst eines Teils der Steinmehnen entgegengehalten, von denen trotz des tariflichen Stundenlohns von 85 Pfg. — 12 Proz. der an der Statistik beteiligten Steinmehnen noch nicht einmal ein Jahreseinkommen von 900 M. erreichten. (Infolge von Arbeitslosigkeit und Krankheit.) Bei den Schleifern betrug diese Zahl allerdings sogar 16 Proz. — Um jedoch einen Ausgleich zu schaffen, wurde seitens des Referenten empfohlen, dem nächsten Verbandstag die Einführung von Staffelbeiträgen, unter Zugrundlegung eines durchschnittlichen Stundenlohns der verschiedenen Branchen, zu überlassen, event. nach dem Verbandstag selbst eine derartige örtliche Regelung vorzunehmen. Aus der Befürchtung heraus, daß dann auch eine Klasseneinteilung der Unterstützungseinrichtungen folgen würde, wandte sich ein Diskussionsredner gegen die Abschaffung des einheitlichen Beitrags. — Im Verschiedenen wurde von einigen Diskussionsrednern an dem Meister Schilling im „Steinarbeiter“ gewidmeten Nachruf scharfe Kritik geübt, dessen Handlungsweise einen solchen unter keinen Umständen rechtfertigen ließ. Die Versammlung schloß sich durch Abstimmung diesem Protest an. — Mit der Aufforderung, die schwedischen Genossen nach Kräften zu unterstützen, fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Hamburg I. Die Steinmehnen hielten am 22. August eine von 80 Personen besuchte Versammlung ab. Zur Aufnahme beim Uebertritt hatten sich 2 Kollegen gemeldet. Kollege Behn wurde einstimmig aufgenommen. Johannes Ebers wurde, da er in Dörsdorf den Arbeitswilligen gespielt hat, trotzdem er zurzeit im Leberarbeiterverband organisiert ist, vom Uebertritt abgewiesen. Der Vorsitzende erstattete dann Bericht über die letzten Einigungsverhandlungen. Nachdem am 11. d. M. die Einigungsverhandlungen gescheitert waren und der Kampf in verschärfter Form weitergeführt werden sollte, teilte die Arbeitgeber mit, daß eine Sitzung in Berlin die Einigung herbeiführen sollte. Die Sitzung fand unter Beteiligung der beiderseitigen Zentralvorstände statt und entschied, daß auf Grund der gemachten Vorschläge in Hamburg am 19. d. M. verhandelt werden sollte. Das Resultat der letzten Verhandlung war, daß für alle Bauberufe, darunter auch die Steinmehnen, die Stundenlöhne ab 1. April 1910 um 3 Pfg., ab 1. Juli 1910 um weitere 2 Pfg. erhöht werden sollen. Die Arbeit solle sofort wieder aufgenommen werden. Die bestehenden Tarife sollen wieder in Kraft treten, event. auf 3 Jahre verlängert werden. Maßregelungen büßen auf keiner Seite stattfinden. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß die Verufe, soweit schon Versammlungen stattgefunden haben, Grund dieser Zugehörnisse die Arbeit aufnehmen und empfiehlt der Versammlung, das gleiche zu tun. In der Debatte wurde gewünscht, daß die Vertragsdauer auf keine so lange Zeit festgelegt wird. Die Einigungsorschläge werden einstimmig angenommen, so daß sich die Aussperrung für die Steinmehnen erledigt hat. Im Verschiedenen wird Klage geführt, daß seitens der reisenden Kollegen die Sperre Hamburgs nicht genügend beachtet wurde.

Seppenheim. Unsere Mitgliederversammlung am 15. August fand diesmal in Wurth's Gartencafé statt, da unser Lokal zur Bergstraße am 10. d. M. abgerannt ist. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde verlesen; sie wurde von den Revisoren für richtig befunden. Dem früheren Kassierer wurde Entlastung erteilt. Ferner wurde beschlossen, daß die Platzkassierer alle 14 Tage (das heißt am Zahltag) an den Lokalkassierer abzuliefern haben. Da immer noch wenig Kollegen ihre Statistik ausfüllen, wird der Vorstand beauftragt, von jetzt ab ganz energisch vorzugehen. Für die durch den Brand geschädigten Kollegen in Neuforg wurden 15 Mark und für den Generalkassier in Schweden 10 Mark aus der Lokalkasse bewilligt. Im Punkt Verschiedenes wurden einige örtliche Verhältnisse kritisiert und die Versammlung darauf geschlossen.

Herbede. Am 22. August fand hier eine Mitgliederversammlung statt, zu der Kollege Schult aus Köln erschienen war. Derselbe referierte in deutscher und italienischer Sprache über die Notwendigkeit der Organisation. Leider war die Versammlung nur schwach besucht. Hier macht sich seit einiger Zeit der Steinhauer Heinrich Berm unter den Kollegen recht unliebsam bemerkbar, indem derselbe für den christlichen Verband agitiert. Doch werden sich die Herbeder Kollegen von einem solchen Menschen nicht beeinflussen lassen. Am Schluß unserer Versammlung veranstalteten wir eine Kollekte für die schwedischen Arbeitsbrüder, dieselbe ergab 6.40 M.

Miltzschbach. Unsere Versammlung fand am 16. August statt. Gauleiter Braun referierte. Einige Kollegen von Malsburg und Umgebung schilderten die Mißstände in ihren Betrieben. Meistenteils wurde Klage geführt wegen Nichterhaltung der Bundesratsverordnung. Indem Kollege Braun selbst schilderte, daß im ganzen badischen Muxerlande keine solchen Mißstände herrschen wie in der hiesigen Umgebung. Im Punkt Verschiedenes wurde von den italienischen Kollegen beantragt, daß ein italienischer Referent baldmöglichst nach hier kommen sollte. Nach diesen Punkten machte sich die Vorstandswahl nötig, da durch verschiedene Verhältnisse die Vorstandsmittelglieder abgereift sind. Es wurden gewählt: als Vorsitzender Georg Paskler, als Kassierer Robert Strohmeyer, beide wohnhaft in Malsburg. Als Revisoren fungieren die Kollegen Karl Duvier und Ernst Weltin.

Marktleuthen. Eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung besaßte sich am 22. August mit der Rekonstitutionierung der sanft entschulmerten Zahlstelle. Nach den Ausführungen des Gauleiters wurde das Verhalten des ehemaligen Vorsitzenden, der Peterl auf allen Suppen sein wollte, scharf gerügt. Allgemein war man der Ansicht, daß eine solche Taktik der Gewerkschafts- und Parteibewegung großen Schaden zufügen kann. Aus der Wahl der Vorstandschaft gingen tüchtige Kollegen hervor. Nach einem Schlußwort des Gauleiters über die nächsten Aufgaben der Zahlstelle wurde die lebhafteste, aber anregende Versammlung geschlossen.

Mülhausen (Els.). In einer Mitgliederversammlung am 15. August hielt Kollege Braun einen Vortrag über Der Klassenkampf mit besonderer Berücksichtigung der jetzigen Situation. Der 1½stündige Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

men. Im Verschiedenen entspann sich eine lebhafteste Debatte über den hiesigen Platz der Oberösterrischen Steinindustrie-Gesellschaft (Schachermühle-Strasburg). Dort wird die Bundesratsverordnung nicht eingehalten, da für 16 jetzt noch beschäftigte Kollegen nicht einmal zur Hälfte Arbeitsstunden vorhanden sind. Es wurde deshalb in letzter Woche dies dem Polizeikommissar gemeldet. Erst auf Grund dessen besuchte der Herr Kommissar diesen Platz (diese Zustände herrschen schon sechs Wochen) und bezeugte eben den Vorsitzenden der Zahlstelle Mühlhausen beim Polter als Beschwerdeführer. (1) Selbstverständlich verlangte der Herr Kommissar, daß schnellstens Abhilfe geschaffen werde. Nach Angaben des Polters sollen nun, obwohl Arbeit genügend vorhanden ist und die Arbeit am Plage fertiggestellt werden muß, die im Freien Arbeitenden entlassen werden. — Die Versammlung nahm folgende Resolution einstimmig an: „Die heutige, am 14. August im Lokal Harster tagende und gut besuchte Steinarbeiterversammlung sieht die für den Wertplatz Schachermühle gemachte Meldung betreffs Durchführung der Bundesratsverordnung seitens des Vorsitzenden für korrekt an. Die Versammlung protestiert energisch gegen das Verhalten des Polizeikommissars, welcher nichts Giltigeres zu tun hatte, als sofort den Vorsitzenden als Beschwerdeführer beim Unternehmer resp. seinem Stellvertreter bekannt zu geben. Die Versammlung beauftragt den Gauleiter Kollegen Braun, an zuständiger Stelle Beschwerde zu führen.“ Für die Ausgesperrten in Schweden wurden auf Antrag des Vorstands 10 M. aus der Kassa bewilligt.

Offenburg. Am 8. August fand hier im Gasthaus zum Anker eine Steinarbeiterversammlung statt. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war Neuwahl der Vorstandsgesellschaft. Anlaß zu dieser Wahl gab persönlicher Streit, der schon längere Zeit sich unter den hiesigen Kollegen entspannt hatte. Gewählt wurden die Kollegen Käber als 1., Feuerstein als 2. Vorsitzender und Walter als Schriftführer. Wir glauben durch die Neuwahl des Vorstands den kritisierenden Kollegen Genüge geleistet zu haben und hoffen, daß dieselben wieder in den Versammlungen erscheinen und weiter bezahlen. Wenn man die Bauarbeiten hier in Betracht zieht, könnte man glauben, es wäre Arbeit in Fülle und Fülle vorhanden; das ist aber leider nicht der Fall. Seit dem Unionbau hat sich der Architekt Herr Weiß hier niedergelassen und schon manchen Bau in Offenburg und Umgebung hergestellt. Dieser Herr zieht es aber vor, sämtliche Steinhauerarbeiten von auswärts zu beziehen.

Regensburg. Am 22. August fand hier im Gasthaus zur blauen Kiste eine Steinarbeiterversammlung statt. Die Regensburger Kollegen dankten den Regensburger Steinarbeitern für die materielle Unterstützung. Wir hoffen auch, daß die Regensburger Kollegen ausfahren und treue Mitglieder bleiben. Der Streit in Regensburg soll auch den hiesigen Kollegen ein Ansporn sein, um die Zahlstelle Regensburg weiter auszubauen, um gegebenenfalls gerüstet zu sein. Kollege Kiepel brachte noch die neu erscheinende tägliche Presse in Erinnerung, ein Kopfsblatt der Münchner Post unter dem Namen Donaupost. Es ist deshalb Pflicht eines jeden Kollegen, auf dieses Blatt zu abonnieren und den Regensburger Anzeiger aus den Wohnungen zu entfernen. Es wurde scharf über die Kunststeinfabrik Ebenhöfer debattiert. Es wurde ein Kollege zur Rechenschaft gezogen, weil er schuld tragen soll, daß der Tarifbruch vorgekommen ist. Er zog auch die andern Kollegen in Mitleidenschaft. Mehrere Kollegen nahmen regen Anteil an der Sache und verurteilten die unüberlegte Handlungsweise der Kollegen. Es wurde dann die Sache wieder ordnungsgemäß geregelt und die dort beschäftigten Steinarbeiter als Verbandskollegen betrachtet, und somit ist der Beschluß vom 23. Mai 1909, wo die Steinmehrer Joseph Krempel senior, Gottlieb Krempel junior, Franz Luf und Johann Meierhofer aus dem Verband ausgeschlossen wurden, rückgängig gemacht und der Artikel vom „Steinarbeiter“ Nr. 23. vom 5. Juni 1909 für erloschen zu betrachten. Die Hauptsache ist, daß die Kollegen, wenn es gilt, an Bord zu sein, ihren Mann stellen, um bald wieder zu einem Tarifverhältnis zu gelangen. Der Streit bei der Firma Vogner in Regensburg ist nach schwächlichem Kampf zu unsern Gunsten erledigt. Es wurde ein Mindestlohn von 35 Pfg. und auf die bestehenden Löhne 2 Pfg. mehr erzielt; für Ueberstunden 25 Prozent und alle kleineren Positionen. Es ist deshalb Vogner nicht gelungen, mit Unterstützung des Bezirksamts und der Gendarmerie unsere Stellung zu schwächen, und es gelang uns nach rastloser Arbeit, unsere Fahne des Deutschen Steinarbeiterverbandes einzziehen zu sehen und die Kollegen haben eingesehen, wie notwendig es ist, organisiert zu sein.

Roth. Eine gut besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung tagte am Sonntag, den 15. August, im Nothelferschen Saale. Kollege Böhm aus Pappenheim hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über den Existenzkampf des Arbeiters. Redner schilderte in leicht verständlicher Weise die Einzelheiten, welche über die Arbeiter hereinbrechen, die ihnen den Existenzkampf erschweren. Er streifte kurz die Arbeiterbewegung in früheren Jahren und wies mit Recht darauf hin, daß sich die Kämpfe der Neuzeit immer schwieriger gestalten, da die Unternehmer sich in ihren Verbänden immer mehr vereinigen, während die Arbeiter vielfach zersplittert oder zum Teil der Organisation nicht zugänglich sind. Auch die technische Verbesserung, die immer mehr die Ausschaltung der Arbeiter mit sich bringt, ist eine Erscheinung, die besonders hart durch Brodoswerden empfunden wird. Zu all diesen Einzelheiten kommt dann noch die immerwährend steigende Lebenshaltung, die durch den Millionenraub des schwarz-blauen Blocks ins Unerlöbliche sich erhöhen wird. Redner ging dann mit den christlichen Arbeiterabgeordneten scharf ins Gericht, da sie nur immer Besserstellung der Arbeiter hewählen, in Wirklichkeit aber nicht daran denken, was sich durch ihre Zustimmung zu dem Millionensteuerraub bewiesen hat. Zuletzt kam Redner noch auf die Solnhofener Ausperrung zu sprechen. Das Verhalten der Herren Oswald und Tremel gegen unsere Verbandskollegen ist geradezu ein gemeines. Kollege Böhm hob besonders hervor, daß der „Steinarbeiter“ während des Kampfes in Solnhofen äußerst geschickt operiert hat. Dieser sachliche Kampf im Verbandsorgan hat viel dazu beigetragen, daß unser Ansehen bei den christlichen Arbeitern in Solnhofen sehr gestiegen ist. In der Diskussion meldete sich der christliche Vorsitzende Mürllein. Aufmerksamkeit konnte sich der Redner nicht erzwingen.

Rundschau.
Johann Efftinge †. Aus Hamburg kommt die traurige Kunde, daß der langjährige zweite Vorsitzende des Maurerverbandes, Genosse Efftinge, in der Nacht vom 17. zum 18. August gestorben ist. Der Verstorbene war seit 1897 in der Zentralleitung des Verbandes tätig. Efftinge war auch Reichstagskandidat für den 1. medienburgischen Reichstagswahlkreis. Unser verstorbener Genosse ist ein Opfer hingebender Familienfürsorge geworden. Seine Tochter erkrankte an Typhus, sie pflegte er, und er widmete sogar die Zeit seiner Ferien diesem aufopfernden Liebesdienst. Dabei holte er sich selbst eine Typhusansteckung, der er erlag. Der Verstorbene hat auch für die Propagierung des Bauarbeiterführers in unerlöblicher Weise gewirkt. Er war ein Ehrenmann von der Sohle bis zum Scheitel.

Auf der 6. internationalen Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die am 30. August in Paris zusammengetreten, werden folgende Länder vertreten sein: England durch Appleton und Gee, Frankreich durch Jouhaux und Prolot, Niederlande durch Dubegeest, Belgien durch Bergmans und Huysmans, Dänemark durch Madson und Gran, Norwegen

durch Rian, Deutschland durch Regien und Cassenbach, Desterreich durch Hueber und Jura, Ungarn durch Kaszai, Kroatien durch Duffeg, Italien durch Rigola und Quaglino, Spanien durch Barrio, Nordamerika durch Gompers, Schweden, Finnland, Serbien, Bulgarien und die Schweiz, die ebenfalls dem Internationalen Sekretariat angeschlossen sind, haben ihre Delegierten noch nicht beigesteuert. — Die Konferenz findet im Grand-Café du Globe, Boulevard Strasbourg Nr. 8, statt.

Hochwürden leistet Abbitte. Kürzlich fand in Aunkirchen bei Wilschhofen eine Volksversammlung statt. Der Kooperator Herr Ertel hielt mit den „Sozis“ scharfe Abrechnung, insbesondere fiel er mit großer Schärfe über unsern Verbandskollegen Salatmeier her, der den Priesterstand schmähschäft beschimpft haben sollte. Herr Ertel gesteht nun in seiner heutigen Erklärung, siehe Inserat, daß er dem Steinarbeiter Salatmeier bitter unrecht getan hat. Ja, Tügen sind schneller — verbreitet, wie bewiesen. Der Geistliche Herr Ertel wird mit seiner Sozialkämpfung zukünftig schon vorsichtiger sein müssen. Hätte Ertel die Beleidigung nicht zurückgenommen, so wäre ohne weiteres gerichtliche Klage erhoben worden.

Der Zentrumsabgeordnete Oswald hat ja unsern Kollegen Boehm in Solnhofen ebenfalls schwerstens beleidigt, aber in echt lämmelhafter Weise hat O. seine unwahren Behauptungen bisher nicht retournen lassen.

Nette Steinarbeiter. Bei einer Schlägerei zwischen dem Steinbrucharbeiter Keilich aus Beucha und dem Steinschläger Lange blieb letzterer tot liegen. K. wurde verhaftet.

Nach Feierabend verunglückten in einem Steinbruch zu Wilschhofen (Sax.) unsere beiden Kollegen Rungge und Giesecke. Ersterer stürzte eine 20 Meter hohe Felswand herunter; er war sofort tot. Auch G. erlitt sehr schwere Verletzungen. Wenn nur die Kollegen einmal so vernünftig würden, daß sie nach Feierabend keinen Schlag mehr machen wollten.

Senken. Am 23. August brach in dem Granit- und Erenitwerk Oberfränkische Bank morgens 4 Uhr Feuer aus. Die gesamten Fabrikanlagen brannten bis auf den Boden nieder. 80—90 unsrer Kollegen werden dadurch nicht nur arbeitslos, auch ihr Werkzeug wurde vernichtet. Der erlittene Schaden unsrer Kollegen dürfte sich auf ca. 4000 M. beziffern. Wer entschädigt sie? Wer gibt ihnen nun Arbeit ohne Werkzeug?

Arbeiter als Baukontrolleure.
Die von den Arbeiter-Baukontrollkommissionen eingeleiteten Baukontrollen haben reichliches Material über Verstöße gegen die Bauvorschriften zutage gefördert. Dadurch ist den Behörden einwandfreies Material zur Begründung der Arbeiterforderung auf vermehrten Bauarbeiterschutz geliefert worden. Auch die Notwendigkeit, Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen anzustellen, erhielt dadurch neue Bestätigung. Die Aktion der Berufsgenossenschaften konnte gegen diese Feststellungen nicht aufkommen.

Jetzt will der Bremer Staat sich dazu entschließen, einen Weg zu beschreiten, den — wie es begründend heißt — beide Parteien mitgehen können. Der Senat hat einen Gesetzentwurf ausarbeiten lassen, der die Anstellung zweier Baukontrolleure für das bremische Staatsgebiet vorsieht, deren Aufgabe darin bestehen soll, die Bauten auf die Unfallverhütungsvorschriften hin zu inspizieren. Diese Kontrolleure sollen aus den Polierern entnommen werden.

Den Arbeiterforderungen ist damit nicht völlig Genüge getan; immerhin ist ein Schritt auf dem von ihnen gewünschten Wege getan. Diese Kontrolleure sollen mit vierteljährlicher Kündigung angestellt werden und ein Jahresgehalt von 2000—3000 M. beziehen. Die Kündigungsklausel soll deshalb vorgesehen worden sein, um die Kontrolleure in kürzester Zeit entlassen zu können, wenn sie ihr Amt zu politischen Zwecken mißbrauchen sollten.

Kollegen! Agitiert für Eure Organisation!

Für die abgebrannten Kollegen in Neusorg

gingen bis 21. August 1909 folgende Gelder ein:

In Nr. 33 bereits quittiert	Mk.	Transport	Mk.
Asang	3.—	Kaiserhammer	5.—
Auerbach	10.—	Rürnbach	5.—
Berlin	30.—	Unsen	15.—
Cunewalde	3.—	Wünschelburg	15.—
Demitz	10.—	Lüneburg	5.—
Gelsenkirchen	5.—	Konstanz	16.50
Gohmannsdorf	5.—	Essen	10.—
Hartheim, von den org.	7.60	Beucha	30.—
Koll. Platz Holzmann	7.60	Bremen	50.—
Kiel	10.—	Chemnitz	30.—
Plagwitz-Löwenberg	20.—	Gotha	10.—
Zwidau	5.—	Erfurt	15.—
Striegau	20.—	Halle	17.—
Randersacker	10.—	Königs-Lutter	10.—
Osterwald	15.—	Rüttschenbach	10.—
Rainz	10.—	Oberdorla	5.—
Heppenheim	15.—	Selb	10.—
Blaenberg	15.55	Beuthen	5.—
Jena, durch Sammel-	3.40	Frankfurt a. M.	20.—
liste		Schopfloch	5.—
Transport	859.10	Summa	1152.60

Leipzig. Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Schnitz. Die Steinarbeiter Johann und Xaver Schreieder aus Oberbuch sowie Georg Mater aus Schullwing sind abgereist und haben die Interimslisten zurückgelassen. Die Vorlagen lassen sich in den Zahlstellen Interimslisten ausstellen; zum Scheine sind sie organisiert. Kollegen, nehmt diese Herren etwas aufs Korn. Karl Käpel, Kassierer.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 16. bis mit 21. August 1909. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)

Bohum, B. 46.— Asang, B. 168.—, E. 150, K. 9.40. Floß, B. 84.—, E. 10.50. Rüttschenbach, B. 109.94. Oberdorla, B. 108.80, K. 10.—. Offenbach a. M., B. 92.—. Schopfloch, B. 94.24. Saal-

burg, B. 28.30. Neustadt, B. 7.15. Schweinfurt, B. 5.—. Neufals, B. 6.70. Dittelsdorf, B. 4.90. Döben, B. 4.40. Sigader, B. 4.40. Groß-Auheim, B. 4.40. Magerleben, B. 2.25. Kottbus, E. 0.10. Gufum, B. 1.75. Unterworbach, B. 3.05. Doyerswerda, B. 4.95. Goya, B. 8.25. Minden, B. 9.30. Zitting, B. 51.80, E. 6.—, K. 0.50. Wulsdorf, B. 2.30, E. 0.50, K. 10.70. Zweibrücken, B. 1.26, E. 7.50, K. 4.—. Reiffenhäuser, B. 21.—, K. 5.80. Heilbronn, B. 168.—, K. 20.—. Erstein, B. 22.54, K. 0.30. Deutschembsdorf, B. 22.55, E. 5.—, K. 32.80. Kellheim, B. 11.50, K. 2.—. Lauban, B. 110.40, E. 5.—, K. 4.85. Büchelberg, B. 160.86, E. 0.50, K. 5.40. Braunschweig, B. 23.—, K. 2.—. Bremen, B. 230.—. Pöhlungen, B. 6.60. Ziegelanger, B. 88.20, K. 15.—. Leipzig, B. 460.—, K. 50.—. Schmalkalden, B. 29.90, K. 1.60. Niesja, K. 20.—. Neustadt a. S., B. 65.94. Heidelberg, B. 92.—, K. 10.—. Gotha, B. 119.60. Dittelsdorf II, E. 0.50, K. 4.—. Chemnitz, B. 368.—. Lutter, Div. 4.—. Karlsruhe (Braun), 3.60. Beendorf, B. 8.40. Bant, B. 4.95. Darmstadt (Gewerbeinspektion Siegen), 2.90. Klein-Wanzleben, B. 2.75. Ludwig Geist, Kassierer.

Neue Zahlstelle.
Oberstein a. Nahe (S. Gau). Vorf.: Jakob Flohr, Schulstraße 5. Kass.: Friedr. Flohr, Blind.

Adressen-Änderungen.

5. Gau, Erfurt. Der bisherige Gauleiter im 5. Gau hat seine Funktion abgegeben. Es sind nunmehr alle die Gauleitung betreffenden Angelegenheiten an die Adresse Theodor Koch, Steinweg, Erfurt, Roonstraße 34, pt., zu richten.
Mannheim. Gauleiter Franz Sarfert wohnt ab 1. September 1909 Rheinhäuser Straße 114, II.
Rüttschenbach. Kass.: Rob. Strohmaier, Malsburg, Post Raudern.
Jannowitz. Kass.: Robert Allert, Jannowitz, Nr. 84. Königsbrück. Vorf. u. Kass.: Kurt Linke, Marktstraße.
Alt-Barthau II. Vorf.: Friedrich Summa.
Mühlhausen (Elsas). Vorf.: Gustav Schlegel, Reppertstraße 50. Kass.: Ernst Raft, Fichtenstraße 58. — Reiseunterstützung wird beim Kassierer mittags von 12—1 und abends von 6—8 Uhr ausgezahlt.
Wehlar. Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt mittags von 12—1 und abends von 7—8 Uhr bei Heinrich Mühl, Blasbacher Weg 3.

Briefkasten.
H. Müffen wir ohne weiteres ablehnen. — M. in S. Bitte, den Artikel frühzeitig einreichen. Mit der Berichterstattung über die Hamburger Aussperrung sind wir recht unzufrieden. — Elbgebiet. Dafür hat der Unternehmer ohne weiteres aufzukommen. — Kappelrodt, K. Die Brecher können natürlich Schuttdächer verlangen (siehe Bundesratsverordnung).

Anzeigen.
(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsjüngenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Berlin.

Mittwoch, den 1. September, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus der Musiker, Kaiser-Wilhelm-Straße 8m
Kombinierte Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Karl Siebel über die Reichsversicherungsordnung. 2. Gewerblich-fachliches. Zwecks Regelung der Borarbeiten zu einer umfassenden Agitation ist das Erscheinen aller Organisierten, insonderheit der Platzvertreter aller Branchen, erforderlich.
Am 1. Oktober findet eine allgemeine Kontrolle der Mitgliedsbücher statt. Bis dahin sollen alle Extrasteuern und Maimarken entrichtet sein. Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Themitz-Dumitz.

Sonntag, den 29. August, nachmittags 3 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Gasthof Neu-Schmölln.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Franz Müller, Rabeberg. 2. Bericht des Statistikers. 3. Anträge, welche in der letzten Versammlung nicht erledigt wurden. 4. Gewerblich-fachliches. Kollegen! Erscheint zahlreich. Nichtorganisierte sowie Frauen sind hierzu freundlichst eingeladen. Die Ortsverwaltung.

Tüchtige Marmorschleifer
sodort gesucht. **B. Demonte & Perini**
Dresden-Fr., Cottaer Straße 11.

Tüchtigen Granit-Hand- und Maschinenschleifer
möglichst verheiratet, für sofort und dauernd gesucht.
Mainzer, Hameln a. d. Weser.

Erklärung.
Ich nehme die am 15. August d. J. in der Versammlung zu Aunkirchen gegen H. Michael Salatmeier gemachte Äußerung zurück. Ertel, Cooperator.

Gestorben.

In Beuthen (Oberschlesien) am 18. August der Kollege Johann Tidal, 37 Jahre alt. Er schied freiwillig aus dem Leben.
In Erfurt am 21. August der Kollege Willi Schiefereder, 30 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Jannowitz der Kollege Statnik Wenzel, 35 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Kupferdreh am 12. August der Kollege Nikolaus Zingen, 48 Jahre alt, an Lungenerkrankung.
In Neudorf am 17. August der Kollege Paul Schulze, 33 Jahre alt, an Typhus.
In Niesja am 14. August der Kollege Ernst Löwe, 39 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Wildemann am 19. August der Kollege B. Runge, 25 Jahre alt, an einem Unglücksfall.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Wirtschaftliche Rundschau.

Besserung am Weltmarkt? — Die Erholung in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien. — Herbst- und Winterausblick für den deutschen Arbeitsmarkt.

Ist es schon mit den heute zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln nicht leicht, die jeweilige wirtschaftliche Lage eines einzelnen Landes richtig zu diagnostizieren, so wachsen die Schwierigkeiten noch, wenn es gilt, ein Bild von der internationalen wirtschaftlichen Lage zu entwerfen. Und doch können wir bei der starken Abhängigkeit Deutschlands von den Völkern auf dem Weltmarkt nicht darauf verzichten, uns über die Richtung der Konjunkturkurve im Ausland so genau wie möglich zu orientieren. Denn nächst dem Ausfall der Ernte und deren Einwirkung auf die Getreide-, Mehl- und Brotpreise, sind es vor allem die Anregungen vom Weltmarkt, deren Intensität die wirtschaftliche Lage Deutschlands in den kommenden Herbstmonaten beeinflussen. Eine kräftige Belebung des Exports ist für Deutschland mit seiner monatlich um 75 000 Köpfe wachsenden Bevölkerung ein dringendes Bedürfnis.

Glücklicherweise kommen vor allem aus den Vereinigten Staaten von Amerika Nachrichten, die eine fortgesetzte Besserung der dortigen wirtschaftlichen Lage erkennen lassen. Wenn seinerzeit die Krise plötzlich und gleich in voller Kraft einsetzte, so weist auch die Erholung ein rascheres Tempo auf als in Deutschland. Damals wurden mit großer Rücksichtslosigkeit, wie es eben für amerikanische Geschäftspolitik charakteristisch ist, die Betriebe stillgelegt oder doch die Erzeugung einschneidend herabgesetzt, was die sofortige Entlassung von Scharen der erwerbstätigen Arbeiterbevölkerung zur Folge hatte. Wir entfennen uns noch des Rückstroms von Arbeitern, die nach dem Ausbruch der amerikanischen Krise wieder nach Europa zurückkehrten und den europäischen Arbeitsmarkt belasteten. In den amerikanischen Industriezentren und in den meisten größeren Städten schnellte gleichzeitig die Arbeitslosigkeit auf eine Höhe, wie wir sie in Europa nicht kennen. Umgekehrt geht auch jetzt die Erholung drüber rascher vor sich als bei uns, was aber nur als scheinbarer Vorzug zu betrachten ist; denn er ist eben bedingt durch das rücksichtslose Verfahren beim Eintritt der Krise. Die Beschäftigtenzahl nimmt jetzt stark zu, da sie weit erheblicher reduziert wurde als bei uns; die Betriebe der wichtigeren Industriezweige nähern sich dem Zeitpunkt, wo die Leistungsfähigkeit des Produktionsapparates wieder voll ausgenutzt wird; die Umsätze am Waren- und Geldmarkt weisen schon wieder Dimensionen auf, die auf zunehmenden Bedarf und auf gesteigerte Kaufkraft schließen lassen; die Verkehrseinnahmen steigen fast von Monat zu Monat; der auswärtige Handel belebt sich; vor allem ist die Einfuhr wieder im Wachsen begriffen, wie auch der Verkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten erkennen läßt. Bei der Wichtigkeit unseres Warenverkehrs mit den Vereinigten Staaten ist diese Entwicklung sehr erfreulich, und nur ein dunkler Schatten liegt auf ihr, seit feststeht, daß infolge der amerikanischen Tarifrevision unsere Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten eine neue Erschwerung erfährt. Zwar gelingt es vielleicht noch, zu einem annehmbaren Handelsabkommen mit den Vereinigten Staaten zu gelangen, immerhin aber bleibt die für unsern Export bedauerliche Tatsache bestehen, daß die Amerikaner auch mit ihrer neuen Tarifrevision wieder auf eine weitere Verdrängung oder doch Belastung des ausländischen Wettbewerbes erfolgreich hingearbeitet haben.

Auch dasjenige Land, das unter der gewerblichen Krise 1907/08 am meisten zu leiden hatte, steht nunmehr wieder im Zeichen der Erholung, nämlich Großbritannien. Aber so rasch die Erholung in Amerika vor sich geht, so langsam vollzieht sie sich in Großbritannien. Kennzeichnend für das ganz verschiedene Tempo der Erholung ist z. B. die Erscheinung, daß während des ersten Halbjahres 1909 im deutsch-amerikanischen Warenverkehr schon eine merkliche Hebung der Umsätze gegen 1908 sich zu erkennen gibt, während im deutsch-britischen Verkehr noch eine völlige Stagnation zu beobachten war. Aber nichtsdestoweniger hat gerade die allerjüngste Zeit doch deutliche Spuren der Erholung gebracht. Die Arbeitslosenziffer geht zurück, wenn sie auch noch immer über dem Stande des Vorjahres bleibt; die Beschäftigung nimmt dementsprechend zu. Vor allem zeigt sich auf dem Eisenmarkt eine Wendung zum Besseren, indem die Preise ihre fallende Richtung aufgegeben haben und die Stimmung für den Herbst wesentlich zuverlässiger geworden ist. Die Tendenz der Aufwärtsbewegung bricht aber erst allgemeiner durch, seitdem die Gefahr eines Generalausfalls im britischen Kohlenbergbau endgültig beseitigt ist. Solange dieses Damoklesschwert über dem britischen Wirtschaftsleben schwebte, war alle Unternehmungslust noch förmlich eingedämmt, da die Folgen eines Riesenstreiks im englischen Bergbau alle Faktoren, die auf eine Erholung hindrängen, über den Haufen

gerannt hätten. Es ist für Großbritanniens wirtschaftliche Position ein nicht zu unterschätzendes Glück, daß es gelungen ist, den drohenden sozialen Kampf zu vermeiden. Nachdem die Gefahr beseitigt ist, dürfte auch in Großbritannien die wirtschaftliche Besserung etwas rascher als bisher vorwärts gehen, so daß namentlich auch wieder auf eine größere Ausdehnung des Warenverkehrs mit dem Auslande zu rechnen ist, wozu sich während der letzten Monate die Voraussetzungen gebildet haben.

Man wird also bei vorsichtiger Schlussfolgerung annehmen dürfen, daß die Herbstmonate unter einer Belebung des Weltmarktes stehen werden, die in erster Linie von den Vereinigten Staaten von Amerika, von Großbritannien und auch von Deutschland ausgelöst werden dürfte. Eine derartige Perspektive ist aber auch für die Gestaltung des deutschen Arbeitsmarktes während der Herbstmonate von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es ist schon eingehend darauf hingewiesen worden, daß trotz der Erholung des gewerblichen Beschäftigungsgrades der deutsche Arbeitsmarkt noch unter einem starken Ueberangebot leidet, das in den nächsten Monaten keineswegs verschwinden, sondern im kommenden Winter noch einmal mit großer Kraft sich bemerkbar machen wird. Daran ist gar nicht zu zweifeln. Dafür spricht der an sich noch immer sehr hohe Andrang von Arbeitsuchenden, die Bewegung der Beschäftigtenzahl im Verhältnis zu dem Neuangebot von Arbeitskräften während der Jahre 1908 und 1909 und nicht zuletzt die Erfahrung in früheren Perioden des Uebergangs von der gewerblichen Krise zum neuen Aufschwung. Aber gerade weil wir auch für einen harten Winter am Arbeitsmarkt uns einzurichten haben, ist es doppelt und dreifach wichtig, in welchem Grade und Tempo der Erholungsprozeß sich vollzieht, ob die Anregungen vom Weltmarkt stark genug sind, die Herbstkonjunktur in Deutschland wesentlich zu beleben oder nicht. Für den Umfang der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter ist es ausschlaggebend, wieviel Arbeitskräfte in den Herbstmonaten noch Beschäftigung finden können. Es mag vielleicht manchem kleinlich erscheinen, gewissermaßen ängstlich Ausschau zu halten, wie sich die Witterung am internationalen Horizont gestaltet. Wenn schon die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter noch einen starken Umfang annehmen wird, so kommt es nicht so sehr darauf an, ob es sich um einige zehntausende Arbeitslose mehr oder weniger handelt. Ganz abgesehen davon, daß für die Gewerkschaften auch schon die kleinste Verminderung der Arbeitslosigkeit wünschenswert sein muß, bleibt zu berücksichtigen, daß auch noch durch andre Faktoren der Umfang und der Charakter der Arbeitslosigkeit wesentlich beeinflusst werden kann. Wird durch den anwachsenden Einfluß vom Weltmarkt die Arbeitslosigkeit um zehntausende, durch die zunehmende Kaufkraft der heimischen Landwirtschaft und eines wachsenden Teils der gewerblichen Bevölkerung wieder um zehntausende herabgemindert, wird durch eine flotte Herbstsaison im Baugewerbe die arbeitslose Winterszeit für einen starken Prozentsatz der dem Baugewerbe zugehörigen Arbeiter erträglich gemacht, so liegen damit die Aussichten für den Arbeitsmarkt während des kommenden Winters viel weniger trübselig, als wenn die Sonne der wirtschaftlichen Erholung den Weltmarkt noch nicht bestrahlen würde. Arbeitslosigkeit im Uebergangsstadium zum Aufschwung wirkt wirtschaftlich, sozial und psychologisch ganz anders als Arbeitslosigkeit mit dem Ausblick auf weitere gewerbliche Depression.

Berlin, 16. August 1909. Rich. Calver.

Auszug aus der Statistik der Straßburger Steinarbeiter.

(Vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909.)

Von Sandsteinarbeitern wurden 139 Karten zur Statistik benutzt. 129 Mann (10 keine Angabe) erreichten ein Gesamtalter von 4349 Jahren. Durchschnitt 33 1/2 Jahre. 128 sind beim Beruf (11 keine Angabe) 2473 Jahre. Durchschnitt 19 1/2 Jahre. Höchstalter 57 Jahre. Längstdauer beim Beruf 43 Jahre. Verheiratet sind davon 108. Bei 38 (nur?) verdient die Frau mit. Der Mietzins beträgt bei 57 Mann — inklusive ein Granitarbeiter — 10 033 Mk. bei einem Verdienst von 51 181,79 Mk. Im Durchschnitt 201 Mk auf 1000 Mk Verdienst oder 20,1 Prozent. Der geringste Prozentsatz ist 10. 180 Mk. Miete zu 1812 Mk. Verdienst, steigt aber bis zu 30 Prozent. 115 Mann waren in 406 Fällen 847 Wochen arbeitslos. Durchschnitt 7 Wochen 3 Tage. Längstdauer 174 Tage. Krank waren 65 Mann in 81 Fällen 454 Wochen. Durchschnitt rund 7 Wochen. Längstdauer 52 Wochen. Mäglar wurde 1 Mann wegen zu wenig Kranfengeld. (Retriebsklasse.) Der Entscheid fiel zugunsten des Klägers aus. Nach den Lohnkarten verdienen 198 Sandsteinarbeiter, Afford und Tagelohn, in 29 284 Tagen 156 796,30 Mk. Ergibt auf den

Tag im Durchschnitt 5,92 Mk. Da auf den Karten keine Rubrik für Tagelohn beigefügt ist, wie früher, so konnte auch der Gesamtverdienst im Tagelohn nicht festgestellt werden. Zwei Mann schafften ständig im Tagelohn, diese kamen bei 0,62 Mk. und 0,65 Mk. Stundenlohn auf 5,45 Mk. und 5,55 Mk. Durchschnittsverdienst pro Tag. Genau festgestellt konnte werden bei 13 Mann 889 Tage im Tagelohn mit einem Verdienst von 5188,38 Mk. Durchschnitt pro Tag 5,82 Mk. Nach Abzug dieses vom Gesamtverdienst sinkt der Durchschnittsverdienst im Afford auf 4,29 Mk. pro Tag. Er würde wahrscheinlich noch mehr sinken, wenn der Tagelohnverdienst genau festgestellt werden könnte. Blaghefte wurden nur zwei abgegeben. (Schachmühle und Balg.) Auch da ist kein Verdienst im Tagelohn angegeben. Bei der Schachmühle wurden gearbeitet 12 022 Tage und verdient 62 751,19 Mk. Durchschnitt pro Tag 5,22 Mk. 39 Mann weniger wie nach den Lohnkarten. Bei Balg wurden gearbeitet 8708 Tage und verdient 42 224,04 Mk. Dabei waren 2091 Tage zwischen 3—4 Mk., 179 zwischen 2—3 Mk. und 20 Tage unter 2 Mk. Verdienst. Der Durchschnitt beträgt daher auch nur 4,85 Mk. pro Tag. Weniger auf den Tag gegen die Schachmühle 37 und gegen die Lohnkarten 47 Pfg. Zwei Hartsteinarbeiter (Granit und Marmor) sind alt 40 und 34 Jahre und beim Beruf 23 und 16 Jahre. Beide verheiratet, keine Kinder; auch waren sie weder arbeitslos noch krank. Einer verdiente in 302 Tagen (Stundenlohn 61 Pfg.) 1812,16 Mk., der andre in derselben Zeit im Afford 1845,72 Mk. 28 Sandsteinarbeiter waren 1727 Tage mit andrer Arbeit beschäftigt. 21 davon verdienen in 1270 Tagen 3797,21 Mk. Sieben davon machten keine Angabe, wieviel sie in 457 Tagen verdienen. Auch fehlt bei manchen die Art der Beschäftigung. Doch werden wohl die meisten Tage auf Notstands- und Waldarbeiten entfallen. Andre suchten Beschäftigung als Kohlenarbeiter, Ausläufer, Einfassierer, Kontrollleur beim Arbeitsamt usw. Nicht allein die flauere Bauwirtschaft ist schuld an der ständigen Arbeitslosigkeit, sondern besonders auch die Steinsägen, Konkurrenz aus den Steinbrüchen, Zementindustrie und Kunststeinfabrikation. Auch der Zimmermann macht den Steinarbeitern Konkurrenz, weil das Dachgestimpe nicht mehr wie früher aus Sandstein, sondern aus Holz hergestellt wird.

Daß diesmal nur 141 Karten — 139 Sandstein- und 2 Hartsteinarbeiter (gegen 158 im vorigen Jahr), 155 Sandstein- und 3 Hartsteinarbeiter — abgegeben wurden, beweist, daß der Aufwurf an die Kollegen, ihre Sache besser zu machen, vergebens war. Auch bei der Ausfüllung der Karten hat sich keine Besserung gezeigt. Und wenn ein Teil der Kollegen sich Mühe gibt, die Karten gut auszufüllen, so könnte es auch der andre — wenn er nur wollte! — Es handelt sich besonders um das Abdieren der Arbeits-, Arbeitslosen- und Kranfentage, des verdienten Lohns usw. Mit etwas gutem Willen — aber auch etwas Ehrgeiz geht es gewiß.

Gegen die vorjährige Statistik ist das Durchschnittsalter von 34 Jahren 7 Monaten 2 Tagen auf 33 1/2 Jahre gesunken; die Berufstätigkeit im Durchschnitt um 41 Tage; das Höchstalter um 3 Jahre. Haben sich voriges Jahr nur 16 1/2 Prozent ledige Kollegen an der Statistik beteiligt, so sind es diesmal 25 Prozent. Sollte das Geschäft besser gegangen sein — oder hat man die älteren Arbeiter mehr außer Kurs gesetzt? — Die Arbeitslosigkeit ist gegen voriges Jahr im Durchschnitt auf die Betroffenen um 7 Tage gestiegen; bei den Verheirateten von 30 auf 41 1/2 Tage. Von diesen haben 96 Mann 3974 Tage. Längstdauer 174 Tage. — Leider kann diesmal die Art der Krankheiten nicht angegeben werden, weil auf den Karten die Frage nicht gestellt war, und daher auch keine Angaben gemacht wurden.

Nach den Lohnkarten wäre der Durchschnittsverdienst um 2 Pfg. pro Tag gestiegen; er ist aber immer noch 15 Pfg. niedriger als 1906/07. Betrag in der Periode 1907/08 der Höchstverdienst in 293 1/2 Tagen 1964,88 Mk.; Durchschnitt auf den Tag 6,70 Mk., so beträgt er diesmal in 297 Tagen nur 1735,88 Mk., auf den Tag 5,80 Mk. — Ist es schon auffallend, daß die Schachmühle nicht auf dem Durchschnittslohn steht, so ist der niedrige Durchschnittsverdienst bei der Firma Balg noch auffallender. Jetzt kann Herr Balg sich nicht mehr damit brüsten, daß er seine Steinhauer am besten bezahlt, sie sind leider die am schlechtesten bezahlten — und das trotz dem Ministerialgebäude. Oder sollte am Ende nicht nach Tarif bezahlt werden?!

Nach dieser Lohnstatistik aber bedürfen tatsächlich die Tarifsätze eine Erhöhung. Nächstes Frühjahr ist ja Gelegenheit dazu — und die Steinhauer werden nicht bitten und wünschen, Herr Balg wird selbst dafür eintreten und sagen: „Nach den erbärmlichen Löhnen, die die Steinhauer bei mir verdienen, müssen unbedingt die Tarifsätze erhöht werden!“

Marmor am Rhein.

Historische Schriftsteller des 16. Jahrhunderts erzählen von der bedeutenden römischen unterirdischen Wasserleitung, die von Trier durch die Eifel nach Köln am Rhein geführt habe, und geben mancherlei Orte an, wo die Reste derselben zu sehen sein sollen. Einer dieser Autoren, Vertolinus, berichtet in seiner Geschichte von Luxemburg, daß die alten Trierer den befreundeten Kölnern durch diesen Kanal ihren Roselwein hätten zufließen lassen. Diese Mär bedarf wohl keiner Wiederholung, — der Römerkanal aber, wie jene römische Wasserleitung in der Rheinprovinz allgemein benannt wurde, ist eine bekannte Tatsache, von der jedermann im Lande zu erzählen weiß.

Diese Wasserleitungen sind in ihrer kolossalen Ausdehnung Kulturleistungen ersten Ranges. Um so auffallender ist es, daß kein gleichzeitiger oder späterer Schriftsteller uns von ihrer Erbauung und ihrem Zwecke irgend Kunde hinterlassen hat. Nur die Existenz des Römerkanales wird erwähnt in Zeiten, wo er schon bis auf wenige Reste zerstört war. Wenn es denkbar wäre, daß nach Jahrtausenden alles Wissen von unseren Eisenbahnen verschwunden sein könnte, so würden unsere späteren Nachkommen sich die Köpfe darüber zerbrechen, welche Bestimmung die zahlreichen nach allen Richtungen über die Erdoberfläche hinziehenden Dämme und Einschnittlinien gehabt haben möchten. Ungefähr in ähnlicher Lage befinden wir uns mit dem Römerkanal.

Es ist nicht nur ein einziger Römerkanal in der Rheinprovinz vorhanden. Aus dem höheren Devonischen Kalkgebirge der Eifel im Kreise Gmünd des Regierungsbezirkes Nahe führen zwei römische unterirdische Wasserleitungen, die eine nach Kyllburg, die andere nach Koblenz, ein wichtiger Punkt in der Römerzeit, eine halbe Stunde südlich von jener Stadt gelegen. Außerdem zieht sich noch ein dritter Kanal aus dem genannten Kalkgebirge in der Richtung nach Bilsdorf, einem ebenfalls sehr bedeutenden Punkte in der Römerzeit. Die Gesamtlänge der drei Leitungen hat etwa 250 Kilometer betragen.

Es kann heutzutage, nachdem sich die Fachmänner jahrzehntelange mit dem Ursprung und dem Zweck dieser riesigen Wasserleitungen beschäftigt haben, kein Zweifel mehr sein, daß es sich um eine Wasserverjorgung großen Stils für die auf den römi-

schen Heerstraßen durch Germaniens Gauen ziehenden römischen Armeen handelte. Die Leitungen hatten an verschiedenen Stellen eingebaute Schächte, die befestigbar waren. Daß in einer so wasserreichen Gegend für die Armeen so gewaltige und kostspielige Leitungen angelegt wurden, erklärt sich nur aus der Tatsache, daß die Römer als große Hygieniker einen bedeutenden Wert auf frisches, klares Trinkwasser legten. Ueberall, wo römische Kultur verbreitet wurde, finden wir eine großartig organisierte Wasserversorgung.

Nun begegnen wir aber neben diesen archäologisch interessanten Ueberresten römischer Wasserbauten in der Rheinprovinz einem bautechnischen Unikum, das auf den ersten Blick außerhalb jeden Zusammenhangs mit den alten Römerkantalen steht.

In vielen Kirchen aus den Zeiten des byzantinischen Baustils und auch in den Resten noch älterer Prachtbauten in der Rheinprovinz findet sich ein sehr schöner, ganz eigentümlicher Marmor ziemlich oft verwendet. Am meisten sind Säulen aus ihm gefertigt, auch wohl Kapitäl, selten andre Gegenstände der Ornamentik. Weder in der Nähe noch in der Ferne lassen sich irgend Berge oder Steinbrüche nachweisen, wo dieser eigentümliche Marmor gewonnen sein könnte. Er hat einen sehr angenehmen Ton, ist lichtbraun mit mehr weißlichen oder ganz weißen sehr dünnen Streifen wechselnd. Der Marmor nimmt eine vortreffliche Politur an und ist vorzüglich zu Zierbesäulen an sehr in die Augen fallenden Stellen der Gebäude verwendet worden. Die Säulen sind wohl nie sehr dick, gewöhnlich sieht man nur dünnere. Dieser Marmor rührt nun aus keinem Steinbruch oder Berg her, sondern er besteht aus dem Kalkfinter, der sich im Laufe vieler Jahrhunderte in den 2 bis 3 Meter hohen Wasserleitungen durch Niederschlag aus dem durchgeflossenen Wasser bildete. Gerade um den kostbaren Marmor zu gewinnen, sind die Leitungen an den meisten Punkten ihrer Linien schon vor sehr langer Zeit zerstört, gänzlich ausgebrochen worden. Karl der Große ließ diesen Marmor zur Verzierung seines Lagener Münsters zwischen Essen und Köln ausbrechen, wo der Kanal ausnahmsweise wie auch noch an andern Orten wegen des Gefälles über Bogen geführt gewesen sein soll. Welchen großen Wert man auf diesen Marmor legte, kann man daraus ersehen, daß Karl der Große dem St. Ge-

reonsstift zu Köln, auf dessen Eigentum in der Pfarrei Triel diese Wasserleitung lag, für die Gewinnung des Marmors die Herrschaft Hierfen schenkte. Vielerorts hat man schon vor alters aus den Mauersteinen und dem Mauergerüstwerk der zerstörten Wasserleitung in ihrer Nähe Gebäude erbaut. Dieses Material ist auf den ersten Augenblick zu erkennen, auf dem Steinwerk sieht nicht allein der ausgezeichnete haltbare römische Bewurf aus dem Innern der Leitungen, mit seiner unverkennbaren Vermischung von kleinen roten römischen Ziegelfragmenten, sondern auf diesem meist auch noch eine dünnere oder dickere Schicht des Sinters oder Marmors.

Wir brauchen nicht zu fragen, wo die Wasser, welche ehemals in den römischen Wasserleitungen flossen, ihren Gehalt an Kohlensäurem Ralk, die Substanz des Kanalmarmors, hergenommen haben. Sie kamen aus dem Devonischen Kalkgebirge der Eifel und Kohlensäure Kalkerde setzt sich überall aus den Quellen ab, die aus Kalkgebirge entspringen. Die Wasser der Quelle lösen den Kalk auf seinen Wegen in den Spalten und Klüften des Kalksteins auf, führen ihn zutage und lassen ihn wieder fallen, wenn die überflüssige Kohlensäure des Wassers sich verflüchtigt. Das ist z. B. die Entstehung des lockeren Kalktuffs, welcher vielfach in Deutschland an der Oberfläche von bedeutender Dicke zu finden ist. Von einer gleichen äußerst lockeren und fast erdigen Beschaffenheit, wie diese Tuffe, ist aber der schöne braune gestreifte Marmor aus den römischen Wasserleitungen nicht. Er ist unter ganz andern Umständen entstanden; er hat sich in ruhig fließendem Wasser unter einem nicht unbedeutenden Druck desselben auf dem Boden und an den Wänden dieser Leitungen nach und nach abgesetzt. Dadurch ist das fein stratifizierte Gebilde so fest geworden und hat in seinem Innern eine kristallinische Textur angenommen.

So sehen wir also das wunderbar wunderbare Spiel zwischen Natur und Menschenkräften, daß die Versorgung der Deutschland erobernden römischen Kriegsheere mit Wasser den unbeabsichtigten Nebenerfolg hatte, daß Jahrhunderte später die von der Fremdherrschaft befreiten Deutschen ihre Bauten mit einem kostbaren Material schmückten, das dem Werk des Eroberers seine Entstehung verdankte. Nicht nur die Geschichte kann ironisch sein, auch die Natur kann es.

Aus dem 5. Gau.

Vom 14. bis 18. August fanden im Thüringer Gau, und zwar in den Zahlstellen Gotha, Oberdorla, Mühlhausen, Eisenach und Erfurt Versammlungen statt. Der Besuch war durchweg ein zufriedenstellender. In Oberdorla war leider versäumt, auch die Häuer, die der Organisation noch fernstehen, einzuladen. Wenn auch diese Arbeiter für die Organisation schwer zugänglich sind. Denn einmal arbeiten sie in der Landwirtschaft und dann wieder im Steinbruch, so darf bei künftigen Agitationsversammlungen der Fehler nicht wieder gemacht werden. Sind sie auch für die Organisation schwer zu gewinnen, so schadet es auch weiter nichts, wenn sie die Ausführungen der Referenten anhören, denn außer Verbandsinteressen gibt es für abseitsstehende Arbeiter noch andere Angelegenheiten, die sie wohl oder übel am eignen Setze erfahren.

Die angeführte Versammlung in Crawinkel konnte nicht stattfinden, weil die Firma Ploger mittlerweile ihren Betrieb dort, jedenfalls wegen Unrentabilität, eingestellt hat; dadurch sind unsere Kollegen gezwungen, auswärts, teilweise im benachbarten Gossel, zu arbeiten. In Crawinkel resp. Gossel, wie überhaupt in fast allen Orten Thüringens, wo Sand- oder Kalkstein verarbeitet wird, haben unsere Kollegen unter der Konkurrenz der Maurer zu leiden. Wenn auch bei profilierten Werkstücken am liebsten Steinmetzen beschäftigt werden, so sind aber doch die Maurer, auch wenn sie meistens nur glatte Arbeiten anfertigen, eine empfindliche Konkurrenz. Es liegt auch in der Natur der Sache, daß Arbeiter, die in der Bearbeitung der Profile nicht perfekt, in den meisten Fällen sich scheuen, die tariflich festgesetzte Berechnung der Werkstücke zu verlangen. Aus diesen Gründen ist auch die Erbitterung, die hier und da unter den Kollegen gegen diese Konkurrenz vorhanden ist, leicht zu erklären. Unter den jetzigen Verhältnissen ist gegen die Beschäftigung der Maurer als Steinmetzen schwerlich etwas zu unternehmen und mit Nebenarten, wie „Schuster“ u. dergl., ist der Sache nicht gebiet; dieses bringt nur Streit und Zank, den Vorteil davon hat nur die andre Seite und die Geschädigten sind die Arbeiter. Hier hilft nur ein Zusammenwirken, damit die tarifliche Berechnung auch von den Maurern verlangt wird. Alles andre ist vom Uebel.

In den übrigen Zahlstellen, wo die Versammlungen stattfanden, ist an Mitgliedern so gut wie gar nichts mehr zu holen. Der Zweck solcher Versammlungen kann da auch nur sein, die Mitglieder in der Auffassung des Organisationsgedankens zu befähigen. Einige Mitglieder sehen in solchen Veranstaltungen aber einen andern Zweck. In Kleinlitz, ja ich möchte sagen boshafter Weise wird gegen Maßnahmen der Zentral- oder Gauleitung polemisiert; wie einzelne ihre andre Meinung zutage fördern, ist alles andre, nur nicht kollegialisch. Es ist das schuldige Verhalten von Langensalza, welches den Stoff dazu liefert. In letzterem Ort arbeiteten noch vor einem Jahre über 100 Steinmetzen; heute sind nur noch 2 Kollegen dort tätig, die übrigen sind in alle Winde zerstreut. Verschiedene dieser, die in den einzelnen Orten des Gau's Beschäftigung gefunden, sehen nun ihren ganzen Ehrgeiz darein, zum so und so vielen Male die Angelegenheit Langensalza durchzuwecheln. Dabei wird Ursache und Wirkung auf den Kopf gestellt und es ist vergebliche Mühe, alle die schiefen Darstellungen richtig zu stellen. Vielleicht wird an anderer Stelle noch darüber gesprochen. Man mag über Maßnahmen des Gesamtvorstands denken wie man will, aber Böswilligkeit sollte niemals diesen Maßnahmen unterworfen werden! Wo es trotzdem gemacht wird, da ist jeder sachliche Meinungsaustausch unmöglich; damit sollen die unergieblichen Debatten, wie ich sie in einzelnen Zahlstellen mitgemacht, erledigt sein.

In den Zahlstellen, wo die Versammlungen stattfanden, besaßen wir einen tüchtigen Stamm Mitglieder, die schon manchen Stürmen getrotzt und die nur durch das Auf- und Niedersteigen der Konjunkturen von einem Ort zum andern gekehrt werden.

Momentan ist in Mühlhausen, Betrieb Schilling, viel Arbeit. Schillings-Werke haben auch einen guten Klang bei den Arbeitern, es sind Musterbetriebe in gesundheitlicher Beziehung; auch in der Bezahlung der Arbeitskraft könnten sie manchem Steinmetzmeister oder Steinindustriellen vorbildlich sein. Das ewige Feilschen und Reklamieren am Lohnstage ist dort seltener wie anderswo. Selbstredend hat auch die Geschlossenheit der Mühlhäuser Steinmetzen ein gut Teil dazu mit beigetragen. Wenn in Mühlhausen Beschäftigung vorhanden, haben auch die Dreher in Oberdorla Arbeit.

In Eisenach ist ebenfalls alles vollauf beschäftigt. Die beiden Granitwerke Conrads und Dremes sind befreit, ihre Betriebe möglichst zu vervollkommen. Durch exakte Arbeiten haben sie ein sicheres Absatzgebiet und unsere Mitglieder ständig Beschäftigung.

In Erfurt hat eine gewisse Streifbreherkolonie der Zahlstelle vor Jahren böse Wunden beigebracht, die noch nicht ganz vernarbt sind; aber die Schulung unserer dortigen Mitglieder bürgt dafür, daß wieder heimgekehrt wird, was jene in Verbindung mit einigen Meistern angerichtet.

In Gotha hat durch die Verschmelzung mit Seebergen eine Verstärkung der bisherigen Zahlstelle stattgefunden. Hoffentlich zum Vorteil beider, denn die Granitarbeiter in Gotha waren der Stamm dort und zu meiner Freude muß ich konstatieren, daß die alte Differenz, die noch im verflorenen Jahre dort die Gemüter der Graniter erregte, nun endgültig beseitigt ist; das frühere kollegialische Verhältnis ist wieder eingelehrt.

Soweit die Kassenführung in den Versammlungsstellen kontrolliert werden konnte, war alles im Lot. Nur auf einen Uebelstand möchte ich hierbei verweisen, der schon so oft kritisiert, aber immer noch nicht ausgemerzt ist. Nämlich einige Ortskassierer warten mit dem Quartalsabschluss immer auf die Restanten und so kommt es des öfteren vor, daß erst Mitte, ja sogar Ende des folgenden Quartals das vorhergehende zum Abschluß kommt. Das ist alles andre, nur keine geordnete Buchführung. Die Ortskassierer haben, unbekümmert etwaiger Restanten, am Quartalsabschluss auch ihre Abrechnung zu machen resp. die Rechnung abzurufen. Die Buchführung ist es immer wieder, die nicht befriedigt. Wirklich, schwer ist es nicht, alles ist vorgebracht. Unsere Kassendrücker für die Zahlstellen einfacher zu gestalten, ist nicht möglich, weil sonst die Ueberfüllung fehlt.

Bemerkenswert sei noch, daß der bisherige Gauleiter Kollege Buhler infolge der persönlichen Verunglimpfungen sein Amt abgegeben. Die Adresse des vorläufigen Vertreters ist an anderer Stelle des „Steinarbeiters“ zu lesen. Hoffentlich lassen die Mitglieder des 5. Gau's es nicht an der nötigen Unterstützung fehlen und bekunden Verständnis für die Mühe und Arbeiten, die das Amt eines unbesoldeten Gauleiters mit sich bringt, wie es bisher der Kollege Buhler durchgeführt hat. H. S.

Echt christlich.

Diesen Artikel in Nr. 28 unseres Blattes versuchte der Keram- und Steinarbeiter in Nr. 18 zu verdrängen. Die Resolution „Brendel“ soll unsererseits entstellt worden sein. Das Original liegt in unsern Händen und es dürfte recht schwer fallen, das Gegenteil unserer Behauptungen zu beweisen.

Wohl tagte am 20. März 1909 eine gemeinsame Versammlung, bei der aber weder Brendel noch Mittenmeier anwesend waren und endgültige Beschlüsse laut Resolution nicht gefaßt werden konnten. Herr Lehner wurde benachrichtigt, daß Gauleiter Mittenmeier wegen seines Unfalls verhindert sei und erst am 30. März anwesend sein kann. Dies hinderte diesen Herrn nicht, entgegen dem gemeinsamen Beschluß, allein zu unterhandeln und abzuschließen, und dadurch den Verrat zu bestätigen.

Die Noten marschierten mit einem Führer auf, dem die Direktion ins Gesicht sagte: „Mit Ihnen verhandeln wir nicht“, lägen die Herren dann weiter. Mit demselben Atemzug schreien sie: „Was bezwecken dagegen die Herren Sozi, die zweieinhalb Tage lang unterhandelten.“ Nicht 1-5 Pfg., sondern 1-2 Pfg. steht ausdrücklich in dem abgeschlossenen Protokoll, sollen 3 Steinschleifer, 1 Turbinenarbeiter und 20 Bauarbeiter von ca. 150 Arbeitern erhalten. Ein glänzender Beweis der Strategie und der Solidarität solcher beweihräucherter Führer. Welche Arbeitskräfte die Firma einstellt, ist ihre Sache, wir haben uns nicht darum bekümmert“, so schreibt der Keram-arbeiter. Warum dann das verdeckte Arbeitsangebot in Nr. 12 vom 12. Juni 1909? Unter wessen Auftrag ist dies erschienen? Doch der folgende Brief gibt genügend Aufklärung:

Zentralverband christlicher Keram- und Steinarbeiter Deutschlands (Bezirksleitung für den Südgau).
Nr. 652. München, den 1. Juli 1909.

Werte Kollege!
Soeben zurückgekehrt von meiner Tour, finde ich einen Brief Ihres Vorstehenden aus Kiefersfelden vor, in welchem er mir mitteilt, daß er mit der Betriebsleitung gesprochen habe und daß Ihr beide sofort anfangen könnt.

Reiset also alsbald nach Kiefersfelden und fragt im Werke nach dem Kollegen Franz Heidacher, zeigt ihm diesen Brief und er wird Euch die nötigen Instruktionen geben, sowie Euch bei der Betriebsleitung vorstellen und Ihr erhaltet dann ständige Arbeit.

Freilich möchte ich auf Grund unserer gegenseitigen Aussprache Euch nochmals nahelegen, dem Kollegen Frz. Heidacher den Eintritt in den christlichen Keram- und Steinarbeiterverband anzumelden.

Hoffentlich treffen wir uns dann bei meiner nächsten Anwesenheit in Kiefersfelden persönlich.
Viel Glück und besten Gruß auch an Hlg. Heidacher.
Jof. Lehner.

Sollte nun noch ein Zweifel bestehen, daß Herr Lehner und Herr Heidacher mit Hilfe irgendeines Beamten der Aktiengesellschaft Kiefer die frei organisierten Arbeiter dortselbst hinaussterilisieren wollten, so steht noch ein weiterer Brief des Herrn Heidacher zur Verfügung, welchen wir vorläufig zu veröffentlichten unter unserer Würde halten. Ein Mann vom Schlage dieser Auktologen ist nicht wert, daß seine Zeilen diese Spalten füllen. Für uns ist er gekennzeichnet, das genügt. — Wenn in Nibling kein Mann im christlichen Keram- und Steinarbeiterverband als Mitglied ist, was suchte dann Herr Lehner bei der Unterhandlung am Gewerbegericht dortselbst? Was waren dann seine Worte: „Die Säger sind jetzt alle bei uns, die habe ich zu vertreten.“ Was tut dann sein Name unter dem dort vereinbarten Tarifabschluß? Schämt man sich des von Herrn Lehner organisierten Streikbruchs, oder soll dessen Anwesenheit am Gewerbegericht Spionendienst gewesen sein? Wagte sich dieser Patron, mit seinem Namenszug solche Dienste zu bestätigen? Die Akten in Nibling sind für uns geschlossen, sollte aber der Keramarbeiter noch einige Feinheiten auf Lager haben, so handelt ercht christlich, raus damit.

Trennung in tschechoslawisch-nationale Gewerkschaften.

Unaufhaltsam nimmt die tschechoslawische Zertrümmerungspolitik der tschechischen Führer ihren ungehemmten Lauf, um die mit Mühe und Opfer angelegten der Konzentrierung der Unternehmer zum Vorteil der österreichischen Arbeitererschaft geschaffenen Zentralverbände zu spalten und diese dann leichter dem geschlossenen internationalen Unternehmertum ausliefern zu können. Dieses für die österreichische Arbeitererschaft schädliche Treiben der tschechoslawischen Separatisten verpirren die getrennten tschechischen Vereine und deren Mitglieder zuerst am eigenen Leibe, da die Unternehmer diesen Organisationen mit größerem Erfolg entgegentreten können.

Zu obigem Thema äußert sich in recht lebhafter Weise unser Bruderorgan, der „Österreichische Steinarbeiter“. Da viele böhmische Kollegen in Deutschland arbeiten, so werden wir ersucht, den Artikel abzudrucken. Genanntes Blatt schreibt:

Nachdem schon eine geraume Zeit vorher von tschechoslawischen Sozialdemokraten gegen die Zentralverbände gehetzt wurde, kam der erste Versuch der nationalen Trennung bei den Schuhmachern im Jahre 1906 zustande. Die separatistischen Aspirationen der Trennungsfanatiker erhielten, durch diesen Erfolg begünstigt, die ersten greifbaren Formen. Gleich darauf kam unsere Organisation an die Reihe, um den nationalen auch-Sozialdemokraten zum Opfer zu fallen. Die nationale Trennung in eine tschechische Sondergewerkschaft war damals allerdings für den Verband der Steinarbeiter Österreichs eine schwere, ja beinahe lebensgefährliche Operation, die aber nach glücklich erreichter Trennung zu einer vollständigen Gesundung unserer Organisation führte.

Den Verlust von annähernd 50 Proz. tschechischer Mitglieder, also die Hälfte des Gesamtmitgliederstandes, erlebten wir innerhalb eines Jahres, so daß wir schon im Jahre 1907 um 11 Orte und 289 Mitglieder mehr hatten als wir vor der Trennung mit den Prager Separatisten im Jahre 1906 verzeichnen konnten.

Die Trennungen der kleinen Gewerkschaften waren lediglich ein Versuch der Prager nationalen Separatisten und ihrer politischen Drahtzieher. Man wollte sehen, was gegen die Spaltung und Zersplitterung der Zentralverbände von der Reichsgewerkschaftskommission unternommen wird. Das Resultat scheint für die Befürworter der Zentralverbände günstig ausgefallen zu sein, da sie sich heuer mit der Trennung des Verbandes der Metallarbeiter und der Maurer befaßten und dieselbe in den beiden Organisationen auch pünktlich durchgeführt haben. Etwas spät aber doch will allem Anschein nach die Reichsgewerkschaftskommission jetzt die reinliche Scheidung durchzuführen.

Nachdem drei Jahre die getrennten tschechoslawischen Organisationen samt der Prager Gewerkschaftskommission auch mit dem Gelde der Zentralverbände unterstützt, sich kräftig entwickelten und zur entscheidenden nationalen Trennung in den Zentralverbänden vorbereiten konnten, wird erst, nachdem auch die Spaltung in zwei großen Verbänden vollbracht ist, die Sekretariatsgründung in Prag beschlossen. Die Reichsgewerkschaftskommission wie auch jeder Gewerkschafter hat den Nachteil für die Zentralverbände durch die nationale Zersplitterung und auch den Kurs der tschechoslawischen Separatisten schon im Jahre 1906 genau erkannt.

Damals hätte schon für die Zentralverbände, die zuerst durch die Trennung in Mitleidenschaft gezogen wurden und um eine weitere Trennung in den Zentralverbänden zu erschweren oder möglicherweise ganz zu verhindern, ein der Reichsgewerkschaftskommission unterstehendes Sekretariat in Prag errichtet werden sollen. Durch eine durchgreifende reinliche Scheidung von den tschechoslawischen Zertrümmerern vom Jahre 1906 hätte man den neugegründeten separatistischen tschechoslawischen Verbänden, indem man sie isoliert hätte, wie sie es selbst haben wollten, beweisen können, daß sie sich selbst durch ihren nationalen Sonderstandpunkt geschädigt haben.

Es mag uns vielleicht jetzt mit Mühe durch Errichtung des Gewerkschaftssekretariats in Prag gelingen, daß ein weiterer Abfall von tschechischen Mitgliedern von den Kampfverbänden vermieden wird, aber der Kampf muß mit den Schädlingen der Zentralverbände und den Zersplitterern der Kraft der österreichischen Gewerkschaften, das zum Schaden der Mitglieder geschieht, einmal so geführt werden, wie wir es mit unserem Gegner immer gemacht haben. Das Verleihen und zögernde Handeln gegenüber den Separatisten muß einer energischen Abwehrform weichen.

Jeden aufrichtigen Gewerkschafter muß das zerstörende Treiben empören, obwohl die Konsequenzen dieser nationalen Scheidung in den Gewerkschaften und die Lahmlegung fast jedes wirtschaftlichen Fortschritts für den Arbeiter heute noch nicht fühlbar sind. Das eine ist klar, daß die wirtschaftliche Kampfpollition gegenüber dem internationalen Unternehmertum für den Arbeiter durch die Spaltung verschlechtert wird; darüber werden selbst die tschechischen Separatisten nicht im Zweifel sein. Darum ist die Trennungspolitik nicht durch Gewerkschafter entstanden, die für die Einigung der Kräfte in der Gewerkschaft eintreten müssen, um schlagfertig auch den mächtigen Unternehmerverbänden gegenüberzutreten, sondern sie wurde lediglich zu dem Zwecke geschaffen, um zum mindesten auf den getrennten nationalsozialistischen Gewerkschaften zur politischen Macht zu gelangen, selbst wenn auch die Nationensgenossen und die Zentralorganisationen in Österreich einen großen wirtschaftlichen Schaden erleiden.

Aus allen diesen Umständen können wir den Beschluß der Reichsgewerkschaftskommission nur begrüßen. Wir wünschen, daß die Gründung eines Gewerkschaftssekretariats in Prag bald zur Durchführung gelange.

Nachdem der erste Schritt zur Abwehr gemacht ist, gibt es kein Stehenbleiben mehr. Isoliert, wie es die separatistischen Organisationen haben wollen, müssen sie nicht nur in Österreich, sondern auch international werden. Die Beschlüsse der Reichsgewerkschaftskongresse sowie diejenigen, welche auf internationalen Gewerkschaftskongressen gefaßt wurden, sollen einmal durchgeführt und in die Tat umgesetzt werden.
R. M.

Die Trinkwasserfrage auf dem Verbandstag der Baugewerks-Verufsgenossenschaften.

Wie aus der „Baugewerkszeitung“ Nr. 63 zu ersehen, wird der nächste, am 4. September d. J. in Schwerin tagende Baugewerkschaftliche Verbandstag sich auch mit einer Modifikation des Alkoholverbots und der Trinkwasserfrage bei den Bauten zu befassen haben. Wie durch die Tagesordnung bekannt gegeben ist, hat das Reichsversicherungsamt, veranlaßt durch eine Eingabe der Zentralkommission, den Vorstand dieses Verbandes ersucht, eine Stellungnahme und Beschlussfassung zu der Forderung herbeizuführen, wonach in die bauberuflichen Unfallverhütungsvorschriften eine Bestimmung aufgenommen werden soll, nach welcher „bei jedem Unterkunftsraum (Waubude) ein Nebenraum mit einer Kochgelegenheit vorhanden sein muß“, worauf bei dem Bau Beschäftigten die mitgebrachten Getränke oder Speisen usw. erwärmen können. Als Referenten zu dieser Sache hat der Verbandsvorstand Herrn Zimmermeister A. Nieß-Braunschweig bestimmt.

Diese Forderung der baugewerblichen Arbeiter ist vom gesundheitlichen Standpunkt betrachtet als selbstverständlich anzusehen. Für die Bauberufsgenossenschaften liegt unsres Erachtens der Schwerpunkt wesentlich in der Frage, daß hier im Zusammenhang mit den Unfallverhütungsvorschriften Bestimmungen des Alkoholverbots und des genießbaren Trinkwassers nun auch die Waubude mit dem Nebenraum und der Kochgelegenheit als Unfallverhütungstechnische Maßnahme mit in die Unfallverhütungsvorschriften aufgenommen werden soll. Im großen und ganzen ist das von einem Teil der Unternehmer und von den Bauberufsgenossenschaften schon so stillschweigend zugestanden worden. Schon wegen der Aufbewahrung des Verbandstafels und der ersten Hilfeleistung bei Unfällen oder sonstigen Erkrankungen ist die Waubude eine notwendige Einrichtung. Auch der Nebenraum mit der Kochgelegenheit wird sich mit dem Hinweis auf die Reinlichkeit und den Temperaturerigerungen der Sommermonate in der Waubude leicht rechtfertigen lassen, wenn man sich andernfalls nicht mindestens dazu entschließen sollte, die Unternehmer zu verpflichten, den Arbeitern zur Zeit der Arbeitspausen unentgeltlich genügend warmes Wasser zur Verfügung zu stellen. Der Referent zu diesen Fragen ist wenig vertrauensgemäß. Herr Nieß als Vorstandsmittglied der Hannoverischen Baugewerks-Verufsgenossenschaft gehört zu der bekannten Gruppe der Oberstufmacher. Herr Nieß macht nicht allein scharf gegen die Arbeiter, sondern auch gegen das Reichsversicherungsamt und gegen alle, die sonst ein sozialpolitisches Verständnis und Interesse zeigen.

Wer den Referenten sozialpolitisch verstehen lernen will, muß das Protokoll von dem Verbandstage der Baugewerks-Verufsgenossenschaft zu Eisen von 1908 nachlesen. Wie dieser Herr dort so selbstbewußt bei den Beratungen über die Ausstattung der bauberufsgenossenschaftlichen Jahresberichte, insbesondere bei der Frage, inwiefern der Bericht über die Ueberwachung der Baubetriebsstätten durch Sitzgen (Zeichnungen usw.) von den Einrichtungen der Unfallverhütung und durch bildliche Darstellungen der Szenerie bemerkenswerter Unfälle besser auszugestalten wäre, dem Präsidenten des Reichsversicherungsamts, Herrn Dr. Kaufmann, entgegentreten ist, war grotesk. Zu behauern sind ernste Männer, die solches alberne Gerede mit anhören müssen. Wie Herr Nieß-Braunschweig bei seinen Betriebsstätten das Alkoholverbot durchführt und wie er sonst und seine Poliere für „genießbares Trinkwasser“ sorgen, das wissen wahrscheinlich unsere Braunschweiger Kollegen besser und zuverlässiger als wir. Aber was die Arbeiter von dem Referat inhaltlich zu erwarten haben, das ergibt sich wohl zweifellos aus den folgenden Ausführungen des Herrn Nieß auf dem Verbandstage zu Essen:

„Wir sind hier zusammengekommen, um den Auswüchsen entgegenzutreten, welche sich in dem Bau der Unfallversicherung eingenistet haben, vielfältig sich bemerkbar machend an den Verfügungen. Ein Erlaß des großen Kaisers Wilhelm leitete die Verufsgenossenschaften bei ihrer Gründung an, als ihre höchste Aufgabe anzusehen, den im Beruf verletzten Arbeitern, soweit möglich, ihre Gesundheit wieder zu verschaffen und ihnen ihre Arbeitskräfte zu erhalten. Wie hat sich das inzwischen geändert! Auf dem Verbandstage der deutschen Verufsgenossenschaften erklärte der Vorstehende des Schiedsgerichts zu Köln a. Rh., daß es bedauerlich sei, daß die sozialen Gesetze eine solche Rechtsseite zeitigt hätten, daß Simulieren und Betrug zur Erlangung einer Rente in weiten Kreisen des Volkes Eingang gefunden hätten. Denn wer will heute gesund sein? Gesund will niemand sein; alle wollen krank sein und bleiben und eine Rente beziehen. Der Gedanke an die Arbeit scheint ihnen ein Fluch zu bedeuten. Wir müssen uns die Wiederherstellung der Arbeitskraft der Verletzten vielfach geradezu erzwingen. Es treten aber auch aus Verwaltungskreisen uns Auswüchse entgegen, welche keine gesetzliche Grundlage haben; sehr vielfältig aber auch aus den Kreisen solcher Sozialreformer, welche keinen Auftrag haben (Heiterkeit), diese ungetriebene Arbeit als Sport betreiben, zu den Lasten aber nie etwas beitragen. Ich habe den Eindruck, als wenn es eine Anzahl Leute gibt, welche die soziale Gesetzgebung für sich dadurch nutzbar machen wollen, daß sie mit Vorschlägen an die Deffentlichkeit lediglich aus dem Grunde treten, um sich anderweitig zu empfehlen.“

Literarisches.

Die Volksschule wie sie ist. Diese Broschüre aus der Feder des früheren Lehrers, Genossen Otto Mühl, ist soeben im Verlag der Buchhandlung Bormärs, Berlin SW. 68, in zweiter Auflage erschienen. Der Verfasser hat die Broschüre einer eingehenden Umarbeitung unterzogen und neuestes Material zur Grundlage seiner Ausführungen verwendet. Außer einer Einleitung enthält die Broschüre folgende Kapitel: Die Volksschule und ihre Herren. — Erziehung und Unterricht. — Der Lehrer und die Schüler. — Das Schulgebäude. — Preis 75 Pfg., Agitationsausgabe 30 Pfg.